

Im Blickpunkt

BILDUNG IN DEUTSCHLAND

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktion: Gruppe I C
Ilka Willand
e-mail: ilka.willand@destatis.de
Tel.: +49 (0) 611 / 75 45 45
Fax: +49 (0) 611 / 72 40 00

Texte: Gruppe VII C
Christiane Krüger-Hemmer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gruppe VII C
e-mail: christiane.krueger-hemmer@destatis.de
Tel.: +49 (0) 611 / 75 41 52
Fax: +49 (0) 611 / 75 39 77

Fachliche Informationen zu dieser Publikation können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen:
Gruppe VII C, e-mail: bildungsstatistik@destatis.de.

Allgemeine Informationen zum Datenangebot des Statistischen Bundesamtes erhalten Sie im Internet unter www.destatis.de oder von unserem Informationsservice,
e-mail: info@destatis.de,
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05,
Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30.

Veröffentlichungskalender der Pressestelle: www.destatis.de/presse/deutsch/cal.html

Erschienen im Dezember 2003

Preis: EUR 14,80 [D]

Bestellnummer: 1021210-03900

ISBN: 3-8246-0701-8

Fotorechte:

Titelbild: 590055a/©digitalvision; Kap. 1/5:AA042869, E006807/©gettyimages.de;
Kap. 2: BW0097_024/©imageshop; Kap. 3: RF4472015/©corbis Inc.;
Kap. 4: Nr. 18/©Bildarchiv Univ. Mannheim Kap. 6/7: b_0488, b_0493/©irisblende.de

Vertriebspartner: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Tel.: +49 (0) 7071 / 93 53 50
Fax: +49 (0) 7071 / 93 53 35
destatis@s-f-g.com

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2003

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf stets der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

Die international vergleichenden Schulleistungsstudien PISA und IGLU haben die Frage der Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems über den Kreis der Experten in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Zunehmende Komplexität wirtschaftlicher Produktionsprozesse und beschleunigter technologischer Wandel haben zu der Forderung nach „Lebenslangem Lernen“ geführt; der Übergang von der Industriegesellschaft zu einer Wissens- und Informationsgesellschaft macht die Bildung der gesamten Bevölkerung zu einer Kernkompetenz im globalen Wettbewerb.

Formale Bildungsabschlüsse bestimmen in unserer Gesellschaft nach wie vor wesentlich den Zugang zu Karriere- und Lebenschancen. Zugleich will Bildungspolitik dazu beitragen, Unterschiede in der Bildungsbeeteiligung wegen sozialer Herkunft, Migrationsstatus oder Geschlecht abzubauen. Bildungsreformen, sei es zur Verbreiterung der Bildungschancen, sei es zur Verbesserung der Bildungsstandards im internationalen Vergleich, setzen Kenntnis des Status quo sowie der Entwicklungen im Bildungsbereich voraus.

Der neue Blickpunktband „Bildung in Deutschland“ meines Hauses bietet einen umfassenden Überblick über die wichtigsten Bereiche des deutschen Bildungssystems und ist sowohl für Experten und Entscheidungsträger in Politik und Wissenschaft als auch für die interessierte Öffentlichkeit geschrieben. „Im Blickpunkt“ stehen die allgemein bildenden und beruflichen Schulen, die betriebliche Berufsausbildung im dualen System und die Hochschulen. Besonderes Augenmerk richtet sich hier auf die Menschen mit Migrationshintergrund. Daneben werden die Weiterbildung und Ausbildungsförderung sowie die Bildungsausgaben des Staates betrachtet.

Allen, die an dieser Publikation mitgewirkt haben, danke ich ganz herzlich. Ich wünsche dem neuen Blickpunktband eine große Verbreitung und hoffe auf eine intensive Auseinandersetzung mit dessen Informationen in der Öffentlichkeit.

Johann Hahlen

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Inhalt

Vorwort	3
Allgemeine Vorbemerkungen	5
Zusammenfassung	6
1 Einführung	7
2 Allgemein bildende und berufliche Schulen	11
2.1 Schulbesuch	12
2.2 Lehrkräfte	18
3 Betriebliche Berufsausbildung	19
3.1 Lehrstellen-Bilanz	20
3.2 Verteilung auf Ausbildungsberufe	22
3.3 Ausländische Auszubildende	22
3.4 Abschlussprüfungen	23
4 Hochschulen	25
4.1 Studierende, Studienanfänger und Hochschulabsolventen	26
4.2 Personal	31
4.3 Frauenanteile	31
4.4 Ausländische Studierende	32
5 Weiterbildung	35
6 Bildungsniveau der Bevölkerung	39
7 Bildungsfinanzen	43
7.1 Bildungsausgaben	44
7.2 Ausbildungsförderung	46
7.3 Aufstiegsfortbildungsförderung	47

Allgemeine Vorbemerkungen

Gebietsstand

Deutschland: Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Früheres Bundesgebiet: Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990 einschließlich Berlin-West.

Neue Länder und Berlin-Ost: Angaben für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie für Berlin-Ost.

Abkürzungen

Maßeinheiten

Tsd.	=	Tausend
Mill.	=	Millionen
Mrd.	=	Milliarde
%	=	Prozent

Sonstige Abkürzungen

AFBG	=	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AföRG	=	Ausbildungsförderungsreformgesetz
BAföG	=	Bundesausbildungsförderungsgesetz
C4	=	Höchste Besoldungsstufe für Hochschulprofessoren und -professorinnen
CVTS	=	Continuing Vocational Training Survey (Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen)
IGLU	=	Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung
KfW	=	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMK	=	Kultusministerkonferenz
PISA	=	Programme for International Student Assessment
vorl.	=	vorläufige Daten

Zeichenerklärung

.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten	/	=	Keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
–	=	nichts vorhanden	X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Zusammenfassung

Der Zustand und die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems stehen seit einiger Zeit im Mittelpunkt einer anhaltenden öffentlichen Diskussion. Mit der vorliegenden Veröffentlichung sollen die wichtigsten Entwicklungen des Bildungsbereichs seit Beginn der 90er Jahre nachgezeichnet werden, soweit diese sich in der Statistik widerspiegeln.

Das erste Kapitel gibt eine Einführung in die aktuelle bildungspolitische Debatte vor dem Hintergrund internationaler Vergleichsstudien und informiert über die demographische Entwicklung als wichtigen (aber nicht einzigen) Bestimmungsfaktor für die Bildungsnachfrage und das Bildungsangebot. Ferner enthält es eine schematische Darstellung des deutschen Bildungssystems.

Den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ist das folgende Kapitel gewidmet. Zunächst werden die Einschulungen, die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schularten der allgemein bildenden Schulen und der Absolventen auf die verschiedenen allgemeinen Schulabschlüsse behandelt. Besonders eingegangen wird dabei auf Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund. Eine Beschreibung der Verteilung der Jugendlichen auf die einzelnen Schularten der beruflichen Schulen schließt sich an. Außerdem wird hier die rein schulische Berufsausbildung an Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens dargestellt. Ein eigener Abschnitt befasst sich mit den Lehrkräften an allgemein bildenden und beruflichen Schulen, insbesondere der Schüler-Lehrer-Relation sowie der Altersstruktur der hauptberuflichen Lehrkräfte.

Kapitel drei zur betrieblichen Berufsausbildung beschreibt die Entwicklung von Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sowie der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der schulischen Vorbildung der Auszubildenden. Die Verteilung der

Auszubildenden auf die einzelnen Ausbildungsberufe bildet einen weiteren Schwerpunkt dieses Kapitels. Auf die ausländischen Auszubildenden wird ebenfalls gesondert eingegangen. Des Weiteren informiert das dritte Kapitel über die Abschlussprüfungen im dualen System.

Im vierten Kapitel wird die Entwicklung der Studierenden, der Studienanfänger und der Abschlussprüfungen an den deutschen Hochschulen dargestellt. Von besonderem Interesse ist dabei die Fächerwahl der Studentinnen und Studenten, die sich in den beliebtesten Studienfächern dokumentiert. Ein eigener Abschnitt ist dem Hochschulpersonal gewidmet; die Frauenanteile in den verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn werden in einem weiteren Abschnitt analysiert.

Das fünfte Kapitel befasst sich im Kontext des „Lebenslangen Lernens“ mit der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung. Dargestellt werden Ergebnisse des Berichtssystems Weiterbildung, der Europäischen Erhebung über die betriebliche Weiterbildung (CVTS), der Volkshochschulstatistik sowie der Gasthörerstatistik.

Das Bildungsniveau der Bevölkerung bildet das Thema des sechsten Kapitels. Daten des jährlichen Mikrozensus zum allgemeinen Schulabschluss und zum beruflichen Bildungsabschluss werden nach Alter und Geschlecht für Deutsche sowie für Ausländerinnen und Ausländer ausgewertet.

Im letzten Kapitel der Veröffentlichung richtet sich das Augenmerk auf die Bildungsfinanzen. Zunächst werden hier Angaben zu den Bildungsausgaben (Bildungsbudget) dargestellt. Daran anschließend werden die Daten zur finanziellen Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sowie dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) analysiert.

1 Einführung



1 Einführung

Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch im dritten Jahrtausend im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung), insbesondere aber der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment), die den deutschen Schülern und Schülerinnen ein im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittliches Leistungsniveau bescheinigte, wurden und werden breit diskutiert. Was sind die Ursachen für das schlechte Abschneiden und welche Konsequenzen sollten daraus gezogen werden?

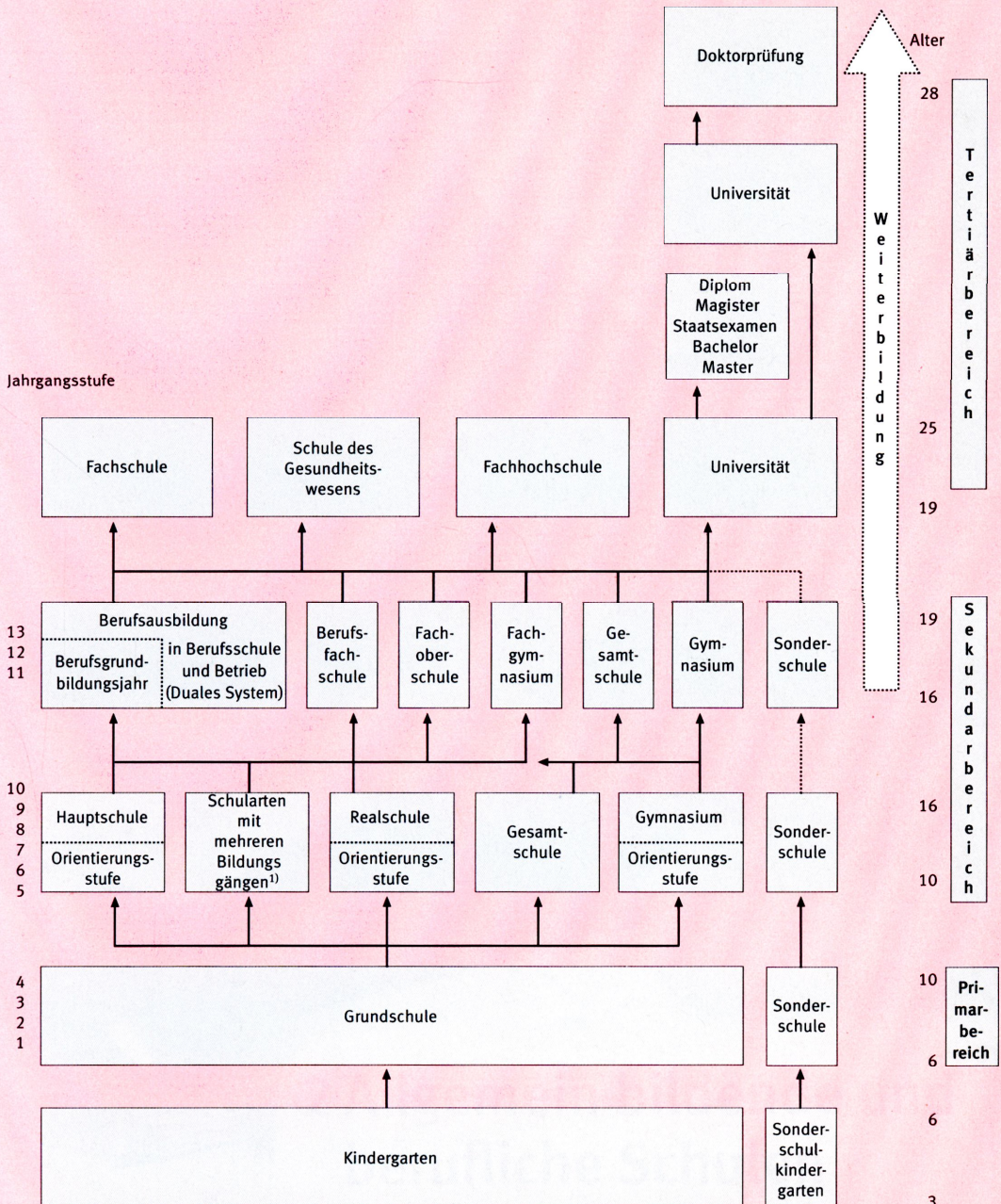
Daneben bewegt zurzeit vor allem der deutlich spürbare Lehrstellenmangel und damit auch die Zukunft des dualen Systems die betroffenen jungen Menschen, Eltern, Lehrkräfte, Ausbilder und Ausbilderinnen, aber auch Politik und Wissenschaft. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen angesichts steigender Studierendenzahlen, das Für und Wider von Studiengebühren sowie die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen im Hinblick auf vergleichbare Abschlüsse in dem für 2010 angestrebten „Europäischen Hochschulraum“ sind weitere Themen, die vor dem Hintergrund der Diskussion um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten in jüngster Zeit erörtert werden. Zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung in der Bildungspolitik ist es notwendig, fundiertes statistisches Material bereitzustellen.

Nicht alle Bildungsprozesse lassen sich statistisch erfassen. „Bildung“ erfährt schon das Kleinkind in der Familie, indem es z. B. die Sprache und soziale Verhaltensweisen lernt. Quantitative Aussagen hierüber sind kaum möglich. Die vorhandenen statistischen Unterlagen vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über Schüler und Schülerinnen, Auszubildende und Studierende sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abbildung 1.1 zeigt Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. Im früheren Bundesgebiet ist der Altersaufbau der Bevölkerung geprägt durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre mit rund 1 Mill. Neugeborenen pro Jahr, die geburtenschwachen Jahrgänge mit durchschnittlich etwa 600 000 Neugeborenen von 1974 bis 1989, etwa 700 000 Neugeborene je Jahr in den 90er Jahren und gut 600 000 Neugeborene pro Jahr seit 2000. Ein drastischer Geburtenrückgang war in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu verzeichnen. Während 1989 dort noch fast 200 000 Kinder zur Welt kamen, waren es 1994 nur noch 79 000. In den Jahren 1997 bis 2002 gab es mit jeweils etwa 100 000 wieder deutlich mehr Neugeborene.

Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Schülern und Schülerinnen, Auszubildenden und Studierenden. Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings nicht der einzige Einflussfaktor des Bildungsangebots und der Bildungsnachfrage. Die individuellen Bildungsentscheidungen der Menschen und die Maßnahmen, die zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele getroffen werden, sind hier ebenfalls von großer Bedeutung.

Abb. 1.1: Das Bildungssystem in Deutschland



1) Einschl. Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0670



2 Allgemein bildende und berufliche Schulen

2 Allgemein bildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz weist den Ländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben. Bei der Reform ihres Schulwesens orientierten sich die neuen Länder weitgehend an den Regelungen im früheren Bundesgebiet.

2.1 Schulbesuch

In allen Ländern beginnt die Schulpflicht für die Kinder, die bis zum 30. Juni das sechste Lebensjahr vollendet haben, d.h. für etwa die Hälfte der 6-Jährigen. Die Dauer der Schulpflicht beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre. Die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, wird außer durch die Geburtenentwicklung auch durch Wanderungsbewegungen in der

Bevölkerung (z.B. durch den Zu- oder Wegzug ausländischer Kinder) beeinflusst.

Im Jahr 2002 begannen 803 800 ABC-Schützen ihre Schullaufbahn, und zwar in der Regel in der Grundschule ihres Wohnbezirks. Von der Möglichkeit vorzeitiger Einschulungen machten 2002 rund 5,5 % (43 900) der Eltern Gebrauch, verspätet eingeschult wurden etwa 6,1 % (49 000) der Kinder. Schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder können in Schulkindergärten, noch nicht schulpflichtige (aber schulreife) Kinder in Vorklassen auf die Einschulung vorbereitet werden. Im Jahre 2002 besuchten in Deutschland rund 54 800 Kinder diese Einrichtungen.

Die höchsten Einschulungszahlen gab es im Bundesgebiet mit rund 953 600 im Jahr 1996, im Jahr 2002 lagen die Zahlen um ein Sechstel darunter. Insbesondere in den neuen Ländern ist die Anzahl der Schulanfänger, bedingt durch den starken Geburtenrückgang zu Beginn der 90er Jahre, um mehr als die Hälfte gesunken (s. Abb. 2.1).

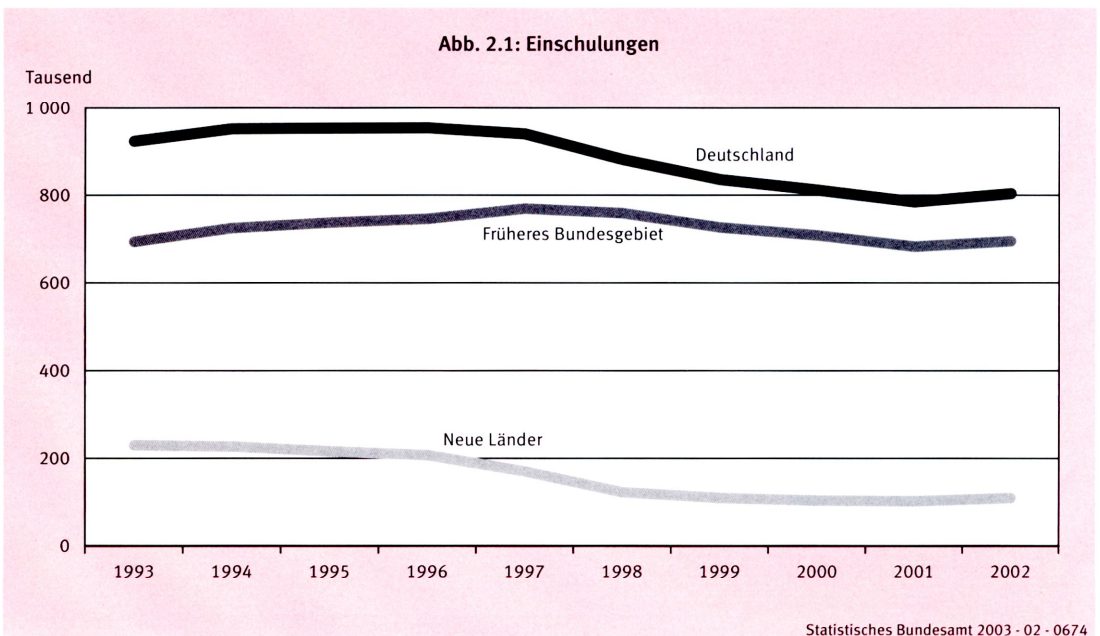
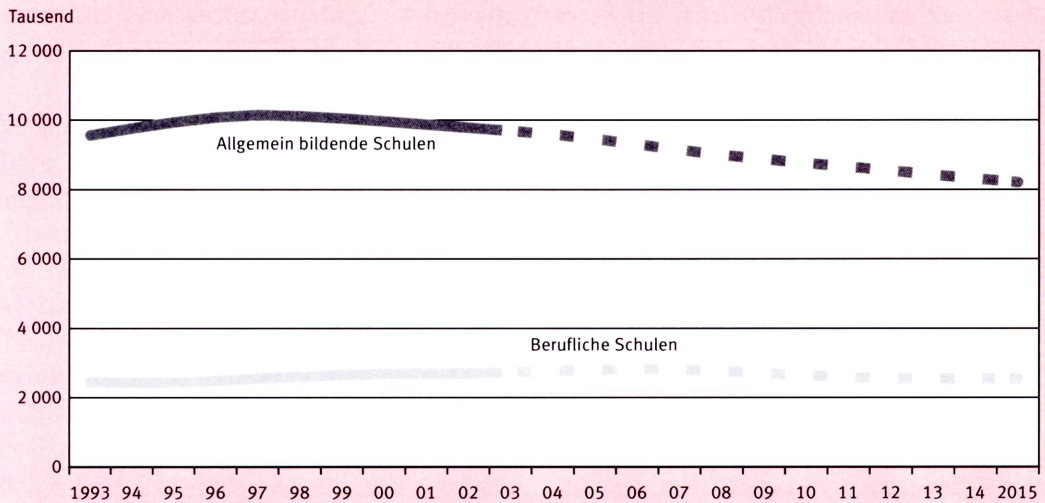


Abb. 2.2: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und beruflichen Schulen¹⁾



1) Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: Ist-Zahlen des Statistischen Bundesamtes, ab 2003 Prognosezahlen laut KMK, Dokumentation-Nr. 162.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0675

Die Einschulungszahlen wirken sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Schaubild 2.2 zeigt, dass die Anzahl der Schüler in allgemein bildenden Schulen seit 1997 kontinuierlich sinkt. Bei den beruflichen Schulen, die im Anschluss besucht werden, wird (laut Pro-

gnose der Kultusministerkonferenz) erst ab 2007 mit einem leichten Rückgang gerechnet.

2002 besuchten rund 3,1 Mill. Schülerinnen und Schüler in Deutschland eine Grundschule (s. Tab. 2.1). Die sich daran anschließenden Schuljahre fünf und

Tab. 2.1: Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen nach Schularten

Schulart	1993	1994	1996	1998	2000	2002
	in 1000					
Vorklassen und Schulkinder-						
gärten	85	86	82	69	64	55
Grundschulen	3 475	3 559	3 691	3 602	3 353	3 144
Orientierungsstufe	376	375	379	410	404	351
Hauptschulen	1 102	1 113	1 122	1 098	1 104	1 111
Schularten mit mehreren Bildungs-						
gängen	357	359	377	386	429	438
Realschulen	1 106	1 141	1 203	1 248	1 263	1 283
Gymnasien	2 116	2 149	2 182	2 223	2 257	2 297
Integrierte Gesamtschulen	465	489	527	548	549	547
Freie Waldorfschulen	59	61	64	67	70	72
Sonderschulen	372	383	399	410	420	429
Abendschulen und Kollegs	46	44	45	46	46	52
Insgesamt ¹⁾ . . .	9 558	9 760	10 070	10 108	9 960	9 780

1) Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse möglich.

sechs der allgemein bildenden Schulen dienen der Förderung und Orientierung aller Kinder im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn. Welche der weiterführenden Schulen nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommen – Hauptschule, Schularten mit mehreren Bildungsgängen (mit den Bildungszielen Hauptschul- oder Realschulabschluss), Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, Freie Waldorfschule oder eine schulartunabhängige Orientierungsstufe (die den weiteren schulischen Werdegang noch offen lässt) – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den schulischen Leistungen des Kindes.

Schaubild 2.3 zeigt, dass im Jahr 2002 nach dem Ende der Orientierungsphase, d.h. im 7. Schuljahr, etwa ein Drittel der Schüler und Schülerinnen im Gymnasium, ein knappes Viertel in Hauptschulen und ein weiteres Viertel in Realschulen unterrichtet wurden. Rund jeder sechste Schüler besuchte eine Schule, die die Entscheidung im Hinblick auf das anzustrebende Bildungsziel noch offen lässt (Schularten mit mehreren Bildungsgängen bzw. integrierte Gesamtschulen). An der Verteilung auf die weiterführenden Schulen hat sich in den letzten 10 Jah-

ren wenig geändert, lediglich bei Hauptschulen ist ein leichter Rückgang (von 2 Prozentpunkten) zugunsten der Schularten mit mehreren Bildungsgängen zu verzeichnen.

Im Schuljahr 2002/03 lernten in den Hauptschulen 1,1 Mill., in Realschulen 1,3 Mill. und in Gymnasien 2,3 Mill. Schülerinnen und Schüler. Daneben besuchten über 350 000 Schülerinnen und Schüler die schulartunabhängige Orientierungsstufe bzw. 438 000 Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Ungefähr 619 000 Schülerinnen und Schüler wurden in integrierten Gesamtschulen unterrichtet (einschl. freier Waldorfschulen), in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefasst sind (s. Tab. 2.1).

Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Diese sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. Im Jahr 2002 besuchten 429 000 Kinder eine Sonder-

schule, rund 4,4 % der insgesamt etwa 9,8 Mill. Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen. Der überwiegende Teil (53,8 %) dieser Schüler wurde in Klassen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ unterrichtet. Schüler mit sonderpädagogischer Förderung werden zum Teil auch außerhalb von Sonder-

Abb. 2.3: Schülerinnen und Schüler der 7. Klassenstufe im Schuljahr 2002/03

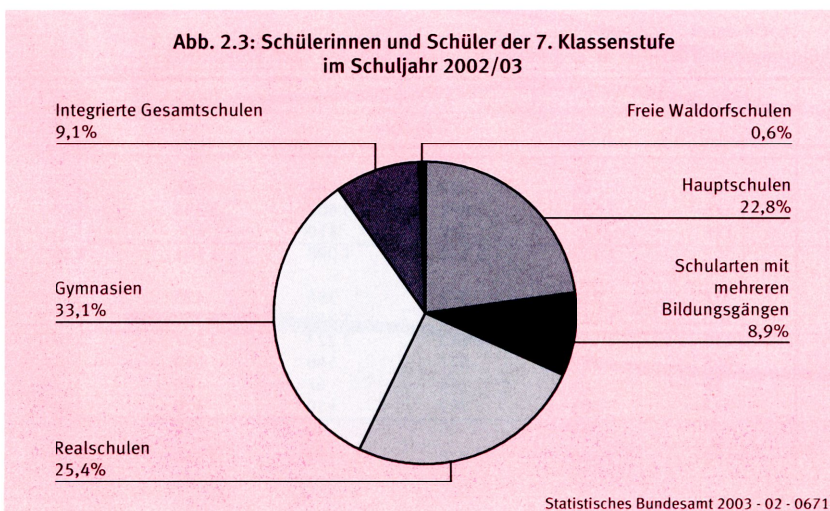
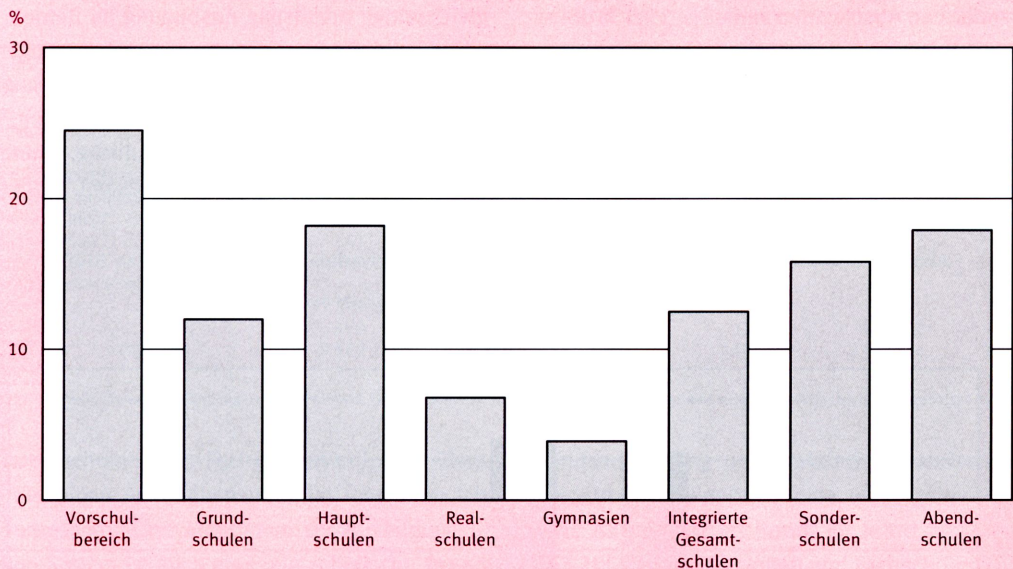


Abb. 2.4: Ausländeranteile im Schuljahr 2002/03 nach ausgewählten Schularten



Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0676

schulen in den übrigen allgemein bildenden Schulen (insbesondere in Grundschulen) pädagogisch gefördert, dies traf im Jahr 2002 für jeden achten Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zu.

Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abend-schulen und Kollegs nachzuholen. Im Jahre 2002 nutzten rund 52 000 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

In den Ergebnissen der PISA-Studie haben Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund besonders schlecht abgeschnitten. Rund jeder zehnte Schüler allgemein bildender Schulen besaß im Jahr 2002 einen ausländischen Pass. Vor zehn Jahren galt dies noch für jeden elften Schüler. In den einzelnen Schularten war der Ausländeranteil sehr unterschiedlich. Wie Abbildung 2.4 verdeutlicht, reichte die Spanne von 3,9 % in Gymnasien über 6,8 % in Realschulen über 12,5 % in Integrierten Gesamtschulen, 15,8 % in Sonderschulen bis zu 18,2 % in Hauptschulen.

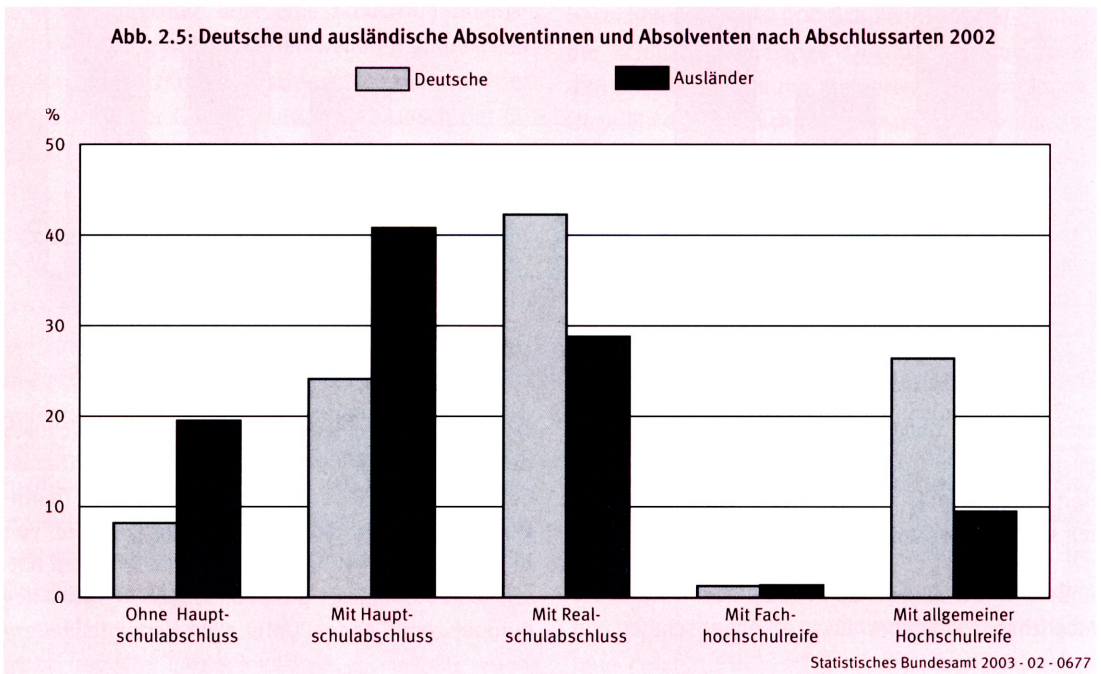
Deutliche Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich des Anteils ausländischer Schüler in den einzelnen Bundesländern. Den niedrigsten Anteil hatte Thüringen (0,9 %), den höchsten Hamburg (19,8 %). Von den ausländischen Schülerinnen und Schülern hatten rund vier Fünftel die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes. Unter allen Herkunftsländern waren Schüler aus der Türkei mit 43,5 %, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (11,8 %), Italien (7,0 %) und Griechenland (3,5 %) am stärksten vertreten.

Von allen Jugendlichen, die im Jahr 2002 eine allgemein bildende Schule verließen, blieb ungefähr jeder elfte ohne Abschluss. Je ein Viertel der Absolventen erwarb den Hauptschulabschluss oder die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Die übrigen (etwa 40 %) erhielten einen Realschulabschluss. In den letzten Jahren hat sich an dieser Struktur sehr wenig geändert.

Entsprechend den von ihnen hauptsächlich besuchten Schularten erreichen ausländische Jugendliche

ein deutlich niedrigeres Abschlussniveau als ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler: Von den ausländischen Absolventen verließen 19,5 % die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss gegenüber 8,2 % der deutschen. 10,9 % der ausländischen Jugendlichen erwarben die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, bei den deutschen waren es immerhin 26,4 % (s. Abb. 2.5).

rufsausbildung im dualen System von Berufsschule und Betrieb. Die Berufsschule ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule z.T. auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen und keine andere berufliche Schule besuchen (2002 rund 85 000). Insgesamt wurden im



Die im Zuge der Bildungsreform in den 70er Jahren geschaffene Möglichkeit, auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben, wird in hohem Maße genutzt. Etwa die Hälfte der Absolventen ohne Hauptschulabschluss holt diesen an beruflichen Schulen nach. Neben den 235 300 Abiturienten aus allgemein bildenden Schulen (mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife) erreichten im Jahr 2002 noch 126 200 Jugendliche diesen Abschluss an beruflichen Schulen.

Der größte Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schulen eine Be-

ruftsausbildung im dualen System von Berufsschule und Betrieb. In Deutschland ungefähr 1,7 Mill. Jugendliche in dieser Schulart unterrichtet (s. Tab. 2.2).

Diese Zahl lag im Jahr 2002 um ca. 64 000 niedriger als im Jahr 2000, vor allem aufgrund eines verminderten Angebots an Ausbildungsplätzen. Dagegen wiesen die übrigen beruflichen Schulen (ohne Schulen der beruflichen Weiterbildung) mehr Schüler als im Vorjahr auf. Viele Jugendliche versuchen, durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen, wie z.B. Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschulen, und/oder das Erreichen höherer allgemein bildender Schulabschlüsse (z.B. auch in

Tab. 2.2: Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schularten

Schulart	1993	1994	1996	1998	2000	2002
	in 1000					
Berufsschulen ¹⁾	1 614	1 564	1 625	1 683	1 797	1 733
Berufsvorbereitungsjahr	46	52	65	67	73	79
Berufsgrundbildungsjahr	95	98	40	41	41	43
Berufsaufbauschulen	6	5	3	2	1	1
Berufsfachschulen	285	295	330	383	415	452
Berufsvorbereitung	169	183	198	201	212	228
Berufliche Ausbildung	117	112	132	182	204	224
Fachoberschulen	77	78	82	84	96	106
Fachgymnasien	82	86	90	93	98	109
Kollegschulen	77	80	81	89	0	–
Berufsober-/Technische Ober- schulen	4	4	4	8	10	12
Fachschulen ²⁾	163	167	159	150	150	163
Insgesamt ³⁾	2 449	2 428	2 480	2 601	2 682	2 700

1) Ab 1996 einschl. Berufsgrundbildungsjahr. – 2) Einschl. Fachakademien. – 3) Abweichungen in der Summe wegen Rundung der Einzelergebnisse möglich.

Fachoberschulen oder Fachgymnasien), ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz im folgenden Jahr zu verbessern. Eine Alternative zur Ausbildung im dualen System ist auch eine rein schulische Berufsausbildung (in Berufsfachschulen bzw. Schulen des Gesundheitswesens) oder ein Studium (sofern der entsprechende Abschluss hierfür erreicht wurde).

Wie Tabelle 2.2 zeigt, befanden sich in Berufsfachschulen, im Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr im Schuljahr 2002/03 350 600 Schülerinnen und Schüler in berufsvorbereitenden Ausbildungsgängen (ohne Lehrgänge des Arbeitsamtes, die meist nicht von Schulen durchgeführt werden), 215 100 strebten in Fachoberschulen und Fachgymnasien die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife an. Rund 224 300 Schüler erlernten in Berufsfachschulen einen Beruf, vor allem Technische/r Assistent/in für Informatik, kaufmännische/r Assistent/Wirtschaftsassistent/in, Sozialassistent/in, Kinderpfleger/in, Altenpfleger/in sowie Gesundheitsdienstberufe unterhalb der akademischen Ebene, soweit diese nicht in Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet werden.

Die Fachschulen (einschließlich Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen

Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. Im Jahre 2002 gab es 163 200 Fachschülerinnen und Fachschüler.

In den Schulen des Gesundheitswesens wurden im Jahr 2002 rund 113 400 Jugendliche zu (Kinder-) Krankenschwestern oder -pflegern oder für andere nichtakademische Gesundheitsdienstberufe ausgebildet. Da für diese Schulen nicht alle Merkmale erhoben werden können, ist diese Schulart in den Tabellen nicht berücksichtigt.

Frauen erreichten 2002, wie schon in den vergangenen zehn Jahren, deutlich bessere Abschlüsse an allgemein bildenden Schulen als ihre männlichen Mitschüler: So verließen nur 6,7 % von ihnen, aber 11,4 % der männlichen Absolventen die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss. 29,0 % der weiblichen Absolventen erreichten die Hochschulzugangsberechtigung gegenüber 21,5 % der männlichen. Bei der Berufswahl jedoch finden sich die Frauen weitgehend in den klassischen Frauenberufen wieder. Einen hohen Frauenanteil haben die Ausbildungen als Altenpfleger/in und alle Gesundheitsdienstberufe sowie kaufmännische Berufe. Dagegen war von den Schülern im stark besetzten

Tab. 2.3: Schüler-Lehrer-Relation an allgemein bildenden und beruflichen Schulen

Schulart	1993	1994	1996	1998	2000	2001
Allgemein bildende Schulen	15,7	15,9	16,3	16,5	16,3	16,1
Vorklassen und Schulkinder- gärten	14,3	14,3	14,4	13,2	12,8	12,7
Grundschulen	20,5	20,7	21,2	21,4	20,6	20,1
Orientierungsstufe	16,2	16,4	17,0	17,1	17,3	17,1
Hauptschulen	14,6	14,6	14,9	14,9	15,0	15,0
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	14,7	14,6	15,5	15,8	15,3	14,7
Realschulen	16,9	17,3	17,9	18,3	18,6	18,8
Gymnasien	14,5	14,7	15,0	15,5	15,8	15,9
Integrierte Gesamtschulen	12,8	13,0	13,5	13,9	13,9	13,9
Freie Waldorfschulen	14,2	14,1	14,4	14,7	14,8	14,7
Sonderschulen	6,6	6,7	6,8	6,9	6,9	6,8
Abendreal Schulen und Kollegs	12,6	12,4	13,2	14,5	15,1	15,6
Berufliche Schulen ¹⁾	23,5	23,2	23,4	24,2	24,5	24,3
in Vollzeitform	12,0	11,9	12,2	12,8	13,0	13,1
in Teilzeitform	35,6	36,3	36,5	37,8	37,8	37,4
Insgesamt	16,8	16,9	17,3	17,6	17,5	17,4

1) Ohne Schulen des Gesundheitswesens.

Quelle: KMK, Dokumentations-Nr. 164.

Ausbildungsgang Technische/r Assistent/in für Informatik in Berufsfachschulen lediglich jede zehnte (10,1 %) weiblich.

2.2 Lehrkräfte

2001 unterrichteten in Deutschland 612 500 Lehrkräfte (umgerechnete Vollzeitlehreereinheiten) an allgemein bildenden Schulen und 111 000 an beruflichen Schulen. Die Qualität der schulischen Ausbildung wird unter anderem durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich eine Lehrkraft mit einzelnen Schülern beschäftigen kann. Diese Betreuungsrelation hat sich an allgemein bildenden Schulen nach einer kontinuierlichen Verschlechterung ab 1998 wieder leicht verbessert, mit 16,1 Schülern bzw. Schülerinnen je Lehrer allerdings (wie Tabelle 2.3 verdeutlicht) noch nicht den Stand von 1993 mit 15,7 wieder erreicht. Bei beruflichen Schulen mit Vollzeitunterricht lag diese Relation bei 13,1 und denjenigen mit Teilzeitunterricht (insbesondere Berufsschulen) bei 37,4.

Auch das Alter der hauptberuflichen Lehrkräfte kann sich auf die Qualität des Unterrichts auswirken.

Seit Mitte der 90er Jahre ist das Durchschnittsalter von 45,9 Jahren auf 47,6 gestiegen. Mehr als jede fünfte Lehrkraft war älter als 55 Jahre, allerdings auch jede achte jünger als 35 Jahre. Von den hauptberuflichen Lehrkräften der allgemein bildenden Schulen im Jahr 2002 waren rund zwei Drittel Frauen, in Grundschulen lag ihr Anteil sogar bei mehr als vier Fünftel.

A black and white photograph of a chef in a white uniform, focused on preparing a dish. The chef is wearing a white chef's jacket with visible buttons and a striped apron. He is looking down at a large, white, textured food item, possibly a cake or a large dumpling, which he is working on with a small tool. The background is blurred, showing what appears to be a kitchen setting.

3 Betriebliche Berufsausbildung

3 Betriebliche Berufsausbildung

Die Berufsausbildung vollzieht sich in Deutschland vor allem durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungsstätten. Sie wird ergänzt durch die Vermittlung fachtheoretischer Ausbildungsinhalte beim Besuch der Berufsschulen. Für die Unternehmen dient die Ausbildung von Jugendlichen auch der Sicherstellung des eigenen Fachkräftenachwuchses. In Zeiten konjunktureller Schwierigkeiten, verbunden mit einem Abbau der Beschäftigtenzahlen, tritt dieses Ziel jedoch in den Hintergrund, und die Ausbildungsbereitschaft geht zurück.

3.1 Lehrstellen-Bilanz

Im Jahr 2002 sank die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze um 7,6 %. Obwohl die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in diesem Jahr ebenfalls zurückgegangen war, entstand ein Nachfrageüberhang von 6 000 Ausbildungsplatzsuchenden (s. Tab. 3.1). Den 18 000 – am Ende des Ausbildungsjahres noch offenen – Ausbildungsplätzen standen rund 24 000 Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Zusätzlich bestehen noch große regionale Unterschiede.

Insbesondere in den neuen Ländern stellt sich das Verhältnis der Bewerber und Bewerberinnen zu den

freien Stellen deutlich schlechter dar, obwohl hier rund jede dritte Berufsausbildung gefördert wird: Einem Angebotsüberhang von etwa 3 900 Stellen im früheren Bundesgebiet steht ein Nachfrageüberhang von 9 300 in den neuen Ländern gegenüber. Damit ist es für die jungen Leute im Osten schwerer als für diejenigen im Westen, ihren Wunschberuf zu erlernen. Die Berufswahlmöglichkeiten sind unter diesen Bedingungen für die Bewerberinnen und Bewerber stark eingeschränkt. Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsentwicklung auch von individuellen Qualifikationen, u.a. auch von den erreichten Schulabschlüssen, ab.

Von den 568 100 Jugendlichen, die 2002 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaß jeder siebte (13,6 %) die Hochschul- oder Fachhochschulreife, mehr als ein Drittel (36,7 %) verfügte über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, 33,6 % blieben mit ihrem erreichten Abschluss darunter. Ungefähr jeder achte Ausbildungsanfänger (12,1 %) hatte vor Abschluss eines Ausbildungsvertrages eine berufliche Schule (Berufsvorbereitungsjahr, schulisches Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule) besucht, sei es um seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss zu verbessern oder um die Zeit bis zur nächsten Bewerberrunde im

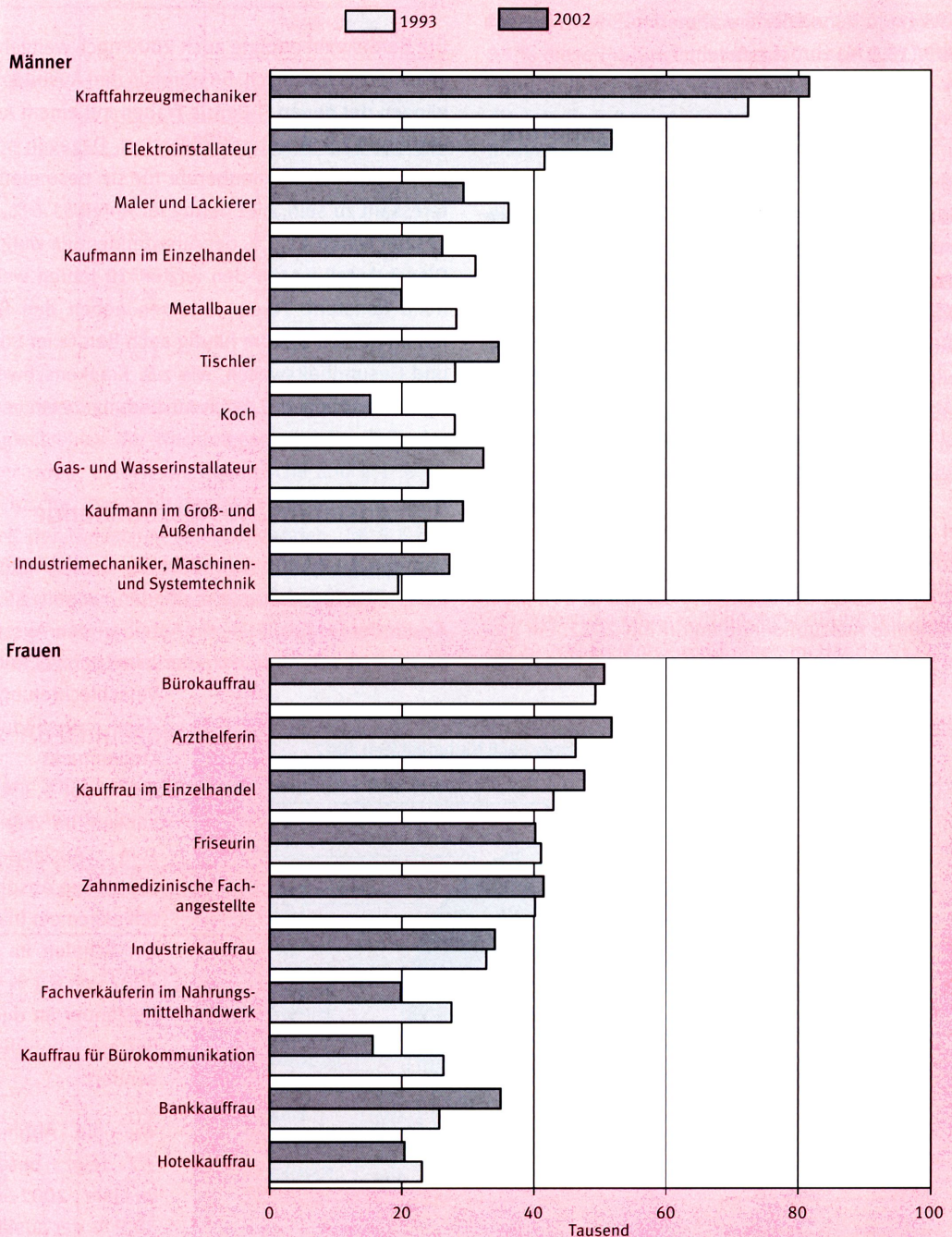
folgenden Jahr zu überbrücken.

In den letzten 10 Jahren hat insbesondere der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Realschulabschluss zugenommen (+2 Prozentpunkte), zu Lasten der Auszubildenden mit niedrigeren Schulabschlüssen (-0,9 Prozentpunkte).

Tab. 3.1: Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Jahr	Ausbildungsplätze		Angebots-/ Nachfrage- überhang (-)	Neu abgeschlossene Ausbildungs- verträge
	Angebot	Nachfrage		
	in 1 000			
1993	656	588	68	571
1994	622	587	35	567
1995	617	598	19	579
1996	609	613	- 4	579
1997	613	635	- 22	598
1998	636	648	- 12	612
1999	654	660	- 6	636
2000	647	645	2	623
2001	639	635	4	610
2002	590	596	- 6	568

Abb. 3.1: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2002



Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0679

Dagegen ist der Anteil von Abiturienten in der beruflichen Ausbildung nach einem Höhenflug bis zum Jahr 1998 (16,4 %) wieder annähernd auf den Wert von 1993 (13,8 %) zurückgefallen.

3.2 Verteilung auf Ausbildungsberufe

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe lässt deutliche Schwerpunkte erkennen: 2002 konzentrierten sich 34,8 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 53,4 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf jeweils 10 von insgesamt 345 anerkannten Ausbildungsberufen. Allerdings finden viele Jugendliche im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen.

Bei den jungen Männern rangiert der Beruf des Kraftfahrzeugmechanikers in der Beliebtheitskala eindeutig an erster Stelle (s. Abb. 3.1 auf S. 21): Jeder dreizehnte Auszubildende ergriff ihn 2002. Ein großer Teil der Frauen entschied sich für die Berufe Bü-

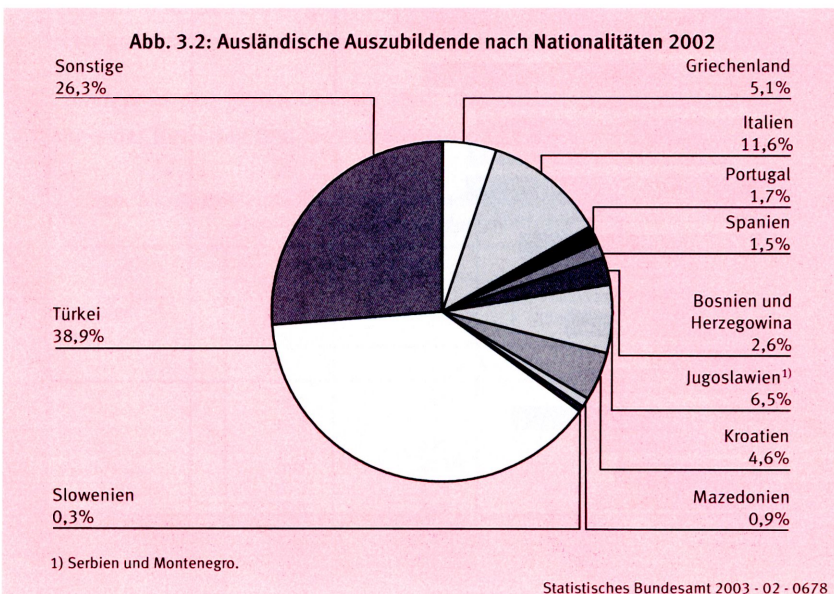
rokauffrau und Kauffrau im Einzelhandel oder Arzthelferin (jeweils jede vierzehnte).

Die Berufswahl erfolgte auch 2002 noch weitgehend geschlechtsspezifisch. So waren in den Ausbildungsgängen der neuen IT-Berufe Frauen mit einem Anteil von nur 12,9 % unterrepräsentiert. Dagegen scheinen die neuen Medienberufe für sie besonders interessant zu sein, hier betrug ihr Anteil 51,6 %. Insgesamt waren 41,0 % der Auszubildenden weiblich. Dieser Anteil war in den letzten 10 Jahren weitgehend konstant. Frauen erlernen neben den Berufen im dualen System häufig auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, wie z.B. Krankenschwester oder Altenpflegerin, deren Ausbildung meistens rein schulisch erfolgt.

3.3 Ausländische Auszubildende

Von den 1 622 400 Jugendlichen, die sich 2002 in einer Berufsausbildung befanden, waren 85 200 Ausländer (s. Tab. 3.2). Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 90er Jahre parallel mit der Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellenmarkt von 8,0 % auf 5,3 % gesunken. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventen allgemein bildender Schulen im Jahr 2002 von 8,1 % sind Ausländer im dualen System unterrepräsentiert.

Wie die Abbildung 3.2 zeigt, besaßen im Jahr 2002 rund 38,9 % der ausländischen Auszubilden-



Tab. 3.2: Auszubildende, ausländische Auszubildende und Ausländeranteil

Jahr	Auszubildende insgesamt	Ausländische Auszubildende	
		Anzahl	Anteil in %
	in 1000		
1993	1 629	126	7,8
1994	1 580	126	8,0
1995	1 579	121	7,7
1996	1 592	116	7,3
1997	1 622	110	6,8
1998	1 658	104	6,3
1999	1 698	101	5,9
2000	1 702	97	5,7
2001	1 685	92	5,5
2002	1 622	85	5,3

den einen türkischen Pass, 14,9 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien, 11,6 % die italienische und 5,1 % die griechische. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist der Anteil der türkischen Auszubildenden um 5,5 Prozentpunkte und derjenigen aus dem ehemaligen Jugoslawien um 3,2 Prozentpunkte gesunken, dagegen erhöhte sich der Anteil italienischer Auszubildender um 2,5 Prozentpunkte.

3.4 Abschlussprüfungen

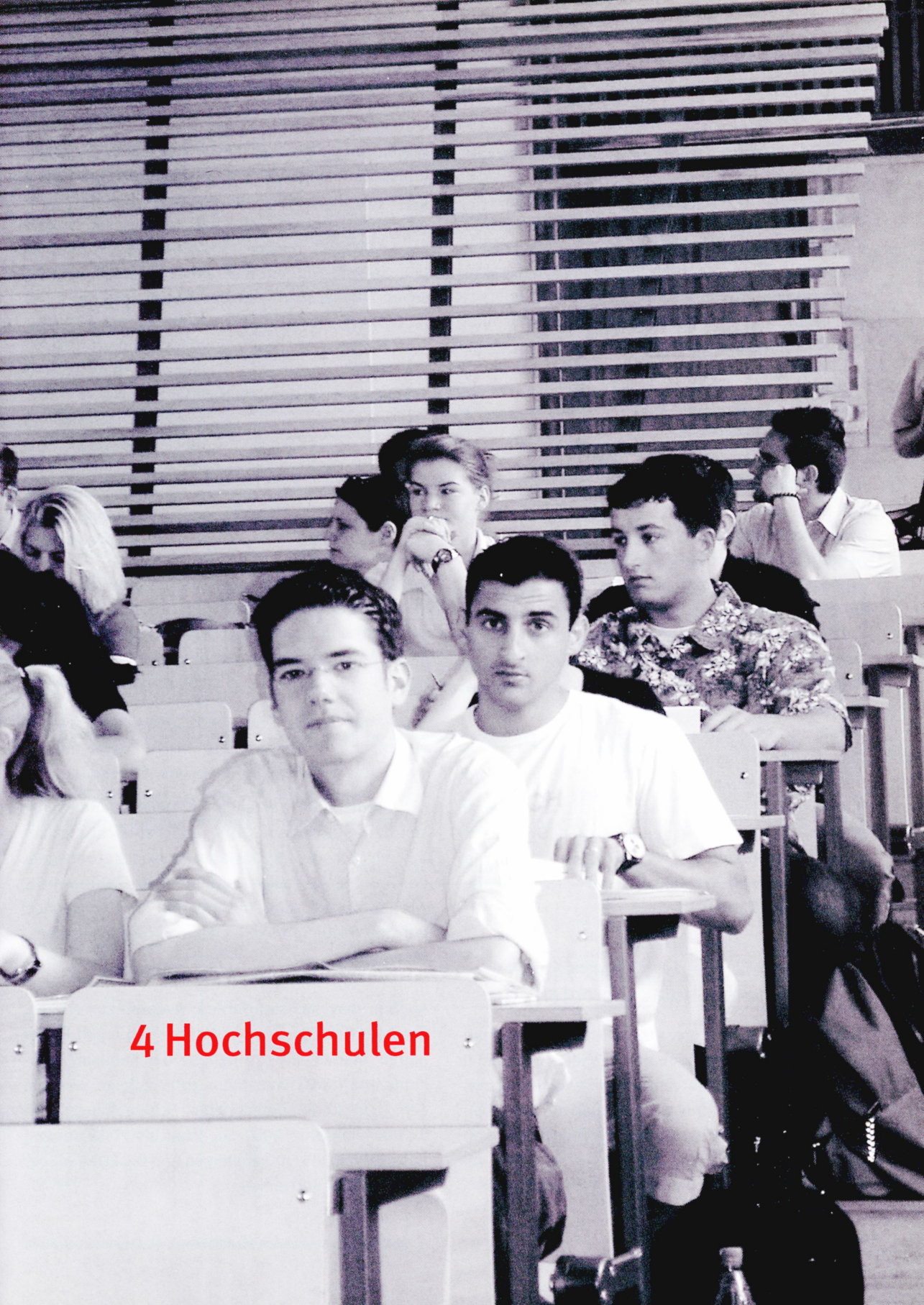
Im Jahr 2002 haben 513 400 Jugendliche ihre Ausbildung im dualen System mit einer bestandenen

Abschlussprüfung erfolgreich beendet. Von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen an Abschlussprüfungen haben letztendlich (mit Wiederholung) rund 95 % diese Prüfungen bestanden. Nicht alle Ausbildungsanfänger erreichen die Abschlussprüfung. Wie die Tabelle 3.3 zeigt, löst knapp ein Viertel den Ausbildungsvertrag vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Ein großer Teil dieser Jugendlichen beginnt allerdings daran anschließend erneut eine Ausbildung im dualen System. Zu den Abschlussprüfungen können auch Personen ohne Ausbildungsvertrag als „Externe“ zugelassen werden, wenn sie die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten durch mehrjährige Tätigkeiten in dem jeweiligen Ausbildungsberuf erworben haben. Im Jahr 2002 gab es 25 300 externe Prüfungsteilnehmer (4,2 % aller Prüfungsteilnehmer), und davon absolvierten etwa 76 % die Prüfung erfolgreich.

Außerdem nahmen 2002 ungefähr 106 100 Erwachsene nach Erweiterung ihrer beruflichen Kenntnisse erfolgreich an einer Fortbildungsprüfung teil, darunter 26 700 an Meisterprüfungen im Handwerk.

Tab. 3.3: Neu abgeschlossene und vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sowie bestandene Abschlussprüfungen

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen
	in 1 000		
1993	571	141	527
1994	567	142	545
1995	579	138	503
1996	579	130	488
1997	598	127	483
1998	612	135	487
1999	636	145	491
2000	623	156	503
2001	610	156	514
2002	568	151	513



4 Hochschulen

4 Hochschulen

Der Bereich Hochschulen umfasst den Teil des Bildungssystems, in dem eine akademische Ausbildung vermittelt wird. Zu den Hochschulen zählen alle staatlich anerkannten Universitäten, Gesamthochschulen, Theologischen und Pädagogischen Hochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen.

Angesichts der zunehmenden Komplexität des wirtschaftlichen Produktionsprozesses, der mit dem Übergang zur sogenannten Wissensgesellschaft einhergeht, nehmen die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte zu. Der steigende Bedarf an qualifizierten Akademikern in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, der in den vergangenen Jahrzehnten zu be-

obachten war, wird sich nach Ansicht von Experten auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Der wissenschaftlichen Ausbildung an den Hochschulen wird deshalb auch für die Zukunft eine wachsende Bedeutung zugeschrieben.

4.1 Studierende, Studienanfänger und Hochschulabsolventen

Seit Mitte der 60er Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang kontinuierlich angestiegen. Sie erreichten 1994 mit 1,87 Mill. einen zwischenzeitlichen Höchststand.

In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der Immatrikulierten stetig zurück, bevor im Jahr 2000 eine erneute Trendwende einsetzte. Die Studierendenzahlen steigen seit diesem Zeitpunkt erneut an. Im Wintersemester 2002/2003 waren mit 1,94 Mill. so viele Studentinnen und Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben wie nie zuvor (s. Tab. 4.1).

Tab. 4.1: Studierende an Hochschulen

Wintersemester	Insgesamt	Davon an		
		Universitäten ¹⁾	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ²⁾
in 1 000				
1992/93	1 834	1 385	29	420
1993/94	1 867	1 397	30	440
1994/95	1 872	1 394	30	449
1995/96	1 858	1 380	29	449
1996/97	1 838	1 369	29	440
1997/98	1 824	1 357	30	437
1998/99	1 801	1 335	30	436
1999/2000	1 774	1 301	30	443
2000/2001	1 799	1 311	30	458
2001/2002	1 868	1 352	30	486
2002/2003	1 939	1 391	31	516

1) Einschl. Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen. – 2) Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

Die Studienanfängerzahlen in Deutschland waren seit dem Studienjahr 1993 zunächst leicht rückläufig. Seit Mitte der 1990er Jahre ist wieder ein steigender Trend festzustellen. Im Studienjahr 2002 wurde, wie Tabelle 4.2 zeigt, mit 359 000 ein Höchststand bei den Studierenden im ersten Hochschulsemester ermittelt.

Auch in den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass die Hochschulen weiterhin einen regen Zulauf haben werden. Einer Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) vom März 2003 zufolge wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger von 343 000 im Jahre 2001 zunächst bis 2008 auf voraussichtlich 385 500 ansteigen und bis 2020 wieder auf etwa 320 500 sinken.

Unter der Annahme, dass zwischen 70 und 80 % der Studienberechtigten ein Hochschulstudium aufnehmen werden, prognostiziert die KMK, dass die Zahl der Studienanfänger an Hochschulen zunächst weiter bis auf Werte zwischen 351 600 und 389 200 im Jahre 2009 ansteigen und dann wieder auf 313 100 bis 345 200 im Jahre 2020 fallen wird (s. Abb. 4.1 auf der nächsten Seite).

Bei einer Übergangquote von 80 % wäre laut KMK im Jahre 2011 mit bis zu 2,4 Mill. Studierenden zu rechnen. Erst danach würde die Zahl der Immatrikulierten wieder langsam abnehmen, wie Abbildung 4.2 (auf der nächsten Seite) zeigt.

Im Wintersemester 2002/2003 waren 72 % aller Studierenden an Universitäten, Gesamthochschulen, Pädagogischen oder Theologischen Hochschulen eingeschrieben, knapp 27 % studierten an Fach- und Verwaltungsfachhochschulen und weniger als

Tab. 4.2: Studienanfänger an Hochschulen

Studienjahr ¹⁾	Insgesamt	Davon an		
		Universitäten ²⁾	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³⁾
in 1 000				
1993	280	184	4	91
1994	268	178	4	86
1995	262	176	4	82
1996	267	183	4	81
1997	267	182	4	81
1998	272	183	4	86
1999	291	195	4	92
2000	315	212	4	99
2001	345	232	5	108
2002	359	239	4	115

1) Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester). – 2) Einschl. Gesamthochschulen, Pädagogischer und Theologischer Hochschulen. – 3) Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

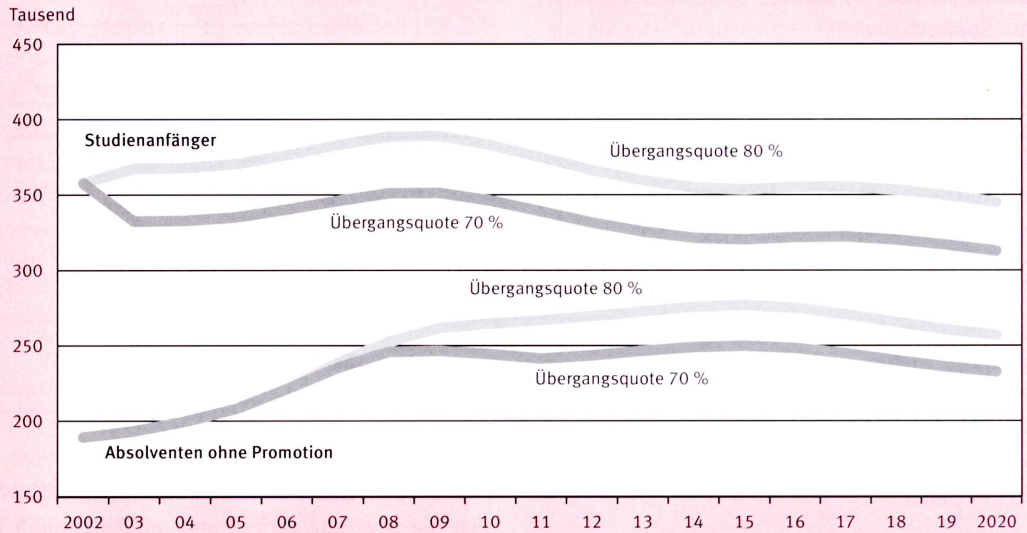
2 % an Kunsthochschulen. Für welches Studienfach sich die Studienanfänger und -anfängerinnen entscheiden, wird nicht zuletzt durch die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst. Folglich wirken sich die jeweiligen Beschäftigungschancen mit einer zeitlichen Verzögerung auch auf die Zahl der Studierenden in den verschiedenen Fachrichtungen aus.

So hat die Anzahl der Immatrikulationen in den Ingenieurwissenschaften seit dem bisherigen Höchststand im Jahr 1993 zunächst deutlich abgenommen, wie aus Tabelle 4.3 hervorgeht. Erst in den letzten

Tab. 4.3: Studierende nach ausgewählten Fächergruppen

Wintersemester	Insgesamt	Darunter				
		Sprach- und Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin	Ingenieurwissenschaften
in 1 000						
1992/93	1 834	363	525	299	108	388
1993/94	1 867	379	550	299	105	384
1994/95	1 872	389	561	294	102	375
1995/96	1 858	400	565	286	99	357
1996/97	1 838	410	564	278	98	336
1997/98	1 824	416	566	274	96	319
1998/99	1 801	412	564	271	96	305
1999/2000	1 774	397	563	275	94	292
2000/2001	1 799	401	572	295	93	288
2001/2002	1 868	418	594	319	93	292
2002/2003	1 939	433	618	338	93	299

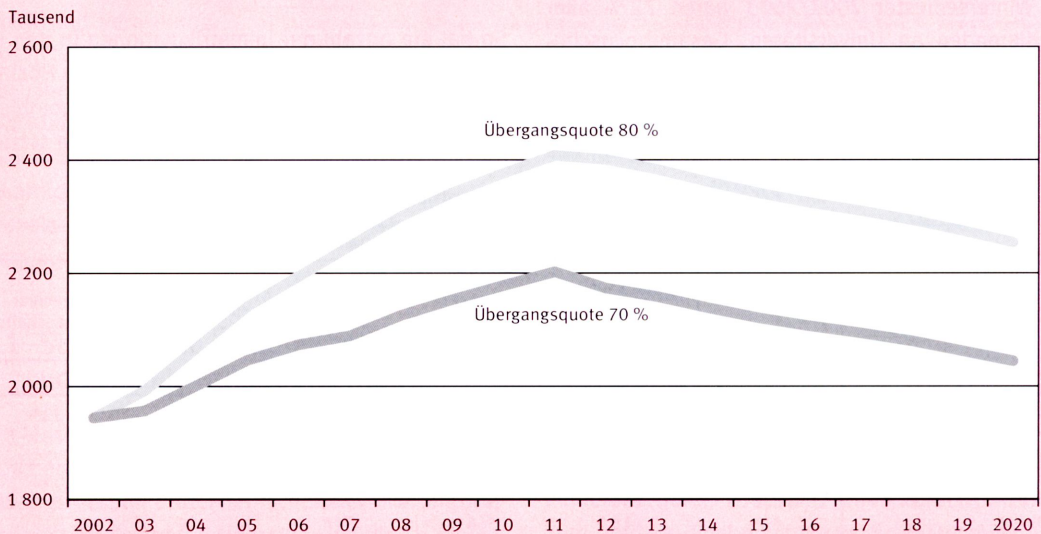
Abb. 4.1: Entwicklung der Studienanfänger- und Absolventenzahlen¹⁾ (Prognose)



1) Es wird angenommen, dass 70 % bzw. 80 % der Studienberechtigten eines Altersjahrganges ein Studium aufnehmen.
Quelle: KMK, Dokumentation-Nr. 167, März 2003.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0681

Abb. 4.2: Entwicklung der Studierendenzahlen¹⁾ (Prognose)



1) Es wird angenommen, dass 70 % bzw. 80 % der Studienberechtigten eines Altersjahrganges ein Studium aufnehmen.
Quelle: KMK, Dokumentation-Nr. 167, März 2003.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0682

beiden Jahren ist auch hier wieder ein Anstieg der Studierendenzahlen zu verzeichnen, nachdem sich die Arbeitsmarktsituation für Ingenieure und Ingenieurinnen bis Ende 2001 wieder etwas entspannt hatte. Die Anzahl der Studierenden in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist von 525 000 im Wintersemester 1992/93 auf mehr als 618 000 im Wintersemester 2002/2003 angestiegen. Auch in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Mathematik und in den Naturwissenschaften war in den letzten Jahren ein Anstieg der Studierendenzahlen zu beobachten. Die Zahl der Studierenden in der Fächergruppe Humanmedizin stagniert hingegen bei einem Wert von 93 000. Gegenüber dem Wintersemester 1992/93 bedeutet dies einen Rückgang um 15 000 Studierende (-14 %).

Die Studienberechtigten, die sich für den Lehrberuf interessieren, scheinen ihre Studienentscheidung an der Arbeitsmarktentwicklung zu orientieren. So ging die Zahl der Lehramtsstudenten und -studentinnen angesichts einer vergleichsweise hohen Lehrerarbeitslosigkeit zwischen 1996 und 2000 von rund 221 000 um rund 15 % auf knapp 188 000 zurück. Die verbesserten Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer und Lehrerinnen, die sich in einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen in diesem Arbeitsmarktsegment in den letzten Jahren niederschlagen, gehen

mit einem neuerlichen Anstieg der Anzahl der Lehramtstudenten und -studentinnen (auf 200 100 im Wintersemester 2002/2003) einher.

Bei der Wahl des Studienfachs zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede hinsichtlich der Fachinteressen von Frauen und Männern. Studentinnen bevorzugen vor allem Fächer der Sprach- und Kulturwissenschaften, während sich ihre männlichen Kommilitonen stärker den technischen Disziplinen und den Naturwissenschaften zuwenden. Das Interesse an den wirtschaftswissenschaftlichen Studienfächern ist bei beiden Geschlechtern ähnlich stark ausgeprägt. Unverändert gehören auch die Rechtswissenschaften sowie die Medizin zu den zehn von Frauen wie Männern am häufigsten gewählten Studienfächern (s. Abb. 4.3 auf der nächsten Seite).

Die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen ist zwischen 1993 und 1997 von 202 000 um 17 % auf 237 000 angewachsen. Danach nahm die Zahl der Absolventen zunächst stetig ab. Im Prüfungsjahr 2002 beendeten knapp 209 000 Studierende erfolgreich ihr Studium – das sind wieder etwas mehr als ein Jahr zuvor, aber immer noch deutlich weniger als 1997 (s. Tab. 4.4).

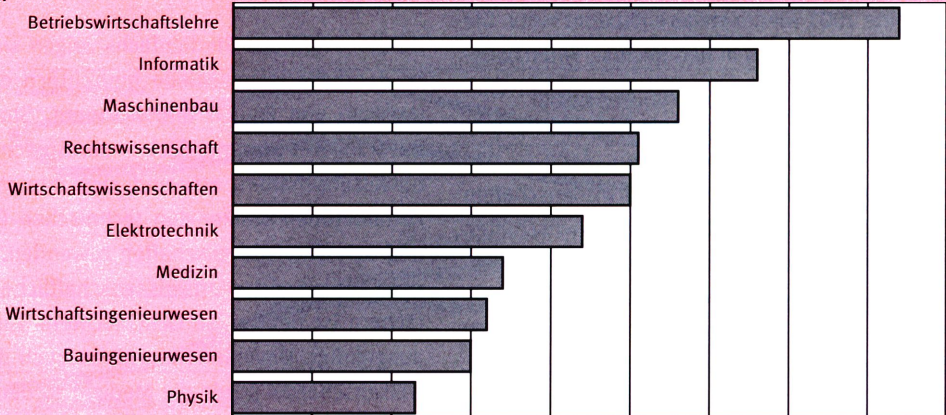
Von den Absolventen des Jahres 2002 erwarben 92 000 einen Universitäts- und 66 000 einen

Tab. 4.4: Bestandene Prüfungen an Hochschulen

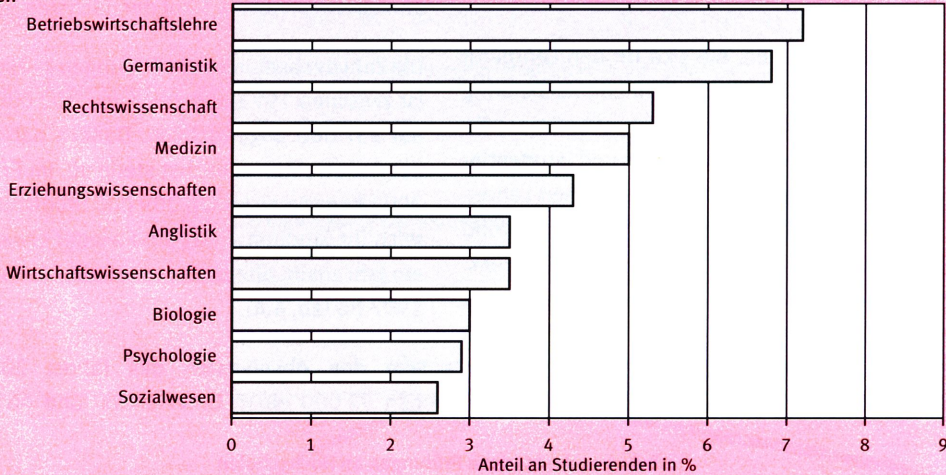
Prüfungsjahr	Insgesamt	Darunter					
		Diplom und entsprechende Abschlussprüfungen	Promotionen	Lehramtsprüfungen	Fachhochschulabschluss	Bachelorabschluss	Masterabschluss
in 1 000							
1993	202	101	21	16	63	.	.
1994	219	102	22	24	71	.	.
1995	230	106	22	27	75	.	.
1996	237	111	23	28	75	.	.
1997	237	109	24	28	76	.	.
1998	228	103	25	28	71	.	.
1999	222	99	25	28	70	.	.
2000	214	95	26	27	66	.	.
2001	208	91	25	25	66	0	1
2002	209	92	24	24	66	1	2

Abb. 4.3: Die zehn am stärksten besetzten Studienfächer im Wintersemester 2002/2003¹⁾

Männer



Frauen



1) Die Angaben beziehen sich auf deutsche Studierende.

Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0680

Fachhochschulabschluss. 24 000 Studierende absolvierten eine Lehramtsprüfung, und weitere 24 000 beendeten ihr Studium mit einer Promotion.

Seit dem Prüfungsjahr 2000 werden auch die nach internationalem Vorbild geschaffenen Studienabschlüsse Bachelor und Master erfasst. Mit knapp 1 000 Bachelor- und gut 2 100 Masterabsolventen und -absolventinnen wurden hier im Prüfungsjahr

2002 erstmals nennenswerte Fallzahlen erreicht (s. Tab. 4.4). Für die Zukunft ist eine weitere Verschiebung zugunsten dieser Prüfungsgruppen zu erwarten.

Aus der Sicht des Arbeitsmarktes von besonderem Interesse ist die voraussichtliche Entwicklung der Absolventenzahlen. Im Jahre 2002 haben 209 000 Personen ein Hochschulstudium abgeschlossen (ohne

Promotionen: 185 000). Damit ist der Abwärtstrend bei den Hochschulabsolventen, der 1997 einsetzte (s. Tab. 4.4), zunächst gestoppt. In der KMK-Prognose hinsichtlich der Entwicklung der Anzahl von Hochschulabsolventen, in der die Promotionen unberücksichtigt bleiben, wird davon ausgegangen, dass die Anzahl noch bis zum Jahre 2015 ansteigt und Spitzenwerte von 250 000 bis 276 800 pro Jahr erreicht, bevor auch hier wieder ein Rückgang erwartet wird (s. Abb. 4.1 auf Seite 28). Allerdings ist an dieser Stelle zu beachten, dass Prognosen hinsichtlich der Absolventenzahlen mit größeren Unsicherheiten behaftet sind, als Prognosen für die erwartete Entwicklung der Studierendenzahlen.

4.2 Personal

Ende 2002 waren an den Hochschulen in Deutschland 501 000 Personen beschäftigt, davon zählten 231 000 (46 %) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 270 000 (54 %) zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. Beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal waren 164 000 Personen hauptberuflich und 67 000 nebenberuflich tätig (s. Tab. 4.5). Zum hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an Hochschulen zählen u.a. die Professoren und Professorinnen, die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter sowie Dozenten und Assistenten; zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören z. B. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren und -professorinnen.

Gegenüber 1992 hat die Zahl der Beschäftigten an Hochschulen insgesamt

um rund 8 % zugenommen. Die Zahl der hauptberuflichen Professoren und Professorinnen stagniert jedoch seit 1997 bei knapp 38 000. Der zu beobachtende Anstieg innerhalb des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals ist also vor allem auf die Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter zurückzuführen.

Relativiert wird die Beobachtung des Anstiegs des Hochschulpersonals durch die Tatsache, dass die Zahl der Studierenden im selben Zeitraum ebenfalls gestiegen ist. Nachdem sich das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal, die so genannte Betreuungsrelation, in den 1990er Jahren zunächst verbesserte, hat sich die Betreuungssituation für Studierende und Mitarbeiter nach einer Phase der Entspannung jüngst wieder verschärft.

4.3 Frauenanteile

Ein hoher Bildungsstand der Bevölkerung ist für ein rohstoffarmes Industrieland wie Deutschland eine der wichtigsten Ressourcen. Trotz der derzeit hohen Arbeitslosigkeit ist in Zukunft verstärkt mit einem Mangel an Fachkräften in einzelnen Arbeitsmarktsegmenten zu rechnen. Nicht nur deshalb wird

Tab. 4.5: Personal an Hochschulen

Jahr	Insgesamt ¹⁾	Wissenschaftliches, künstlerisches Personal		Verwaltungs-, technisches, sonstiges Personal	
		hauptberuflich	nebenberuflich ¹⁾	hauptberuflich	nebenberuflich
	in 1 000				
1992	465	143	56	262	4
1993	471	145	59	265	2
1994	473	148	60	263	2
1995	483	152	60	268	2
1996	482	154	60	266	2
1997	481	154	60	266	1
1998	484	156	61	265	2
1999	489	157	62	267	3
2000	489	157	62	265	5
2001	474	160	65	265	4
2002	501	164	67	266	4

¹⁾ Ohne studentische Hilfskräfte.

Tab. 4.6: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn

Jahr	Studienanfänger	Studierende	Absolventen	Promotionen	Hochschulpersonal insgesamt	Hauptberufl. wissenschaftl. und künstlerisches Personal	Professoren	C4-Professoren
	in %							
1993	44,4	40,2	38,9	30,6	48,6	21,6	6,9	4,0
1994	45,1	40,8	40,6	31,2	48,5	21,9	7,5	4,3
1995	47,8	41,7	40,7	31,5	49,1	22,6	8,2	4,8
1996	47,9	42,6	40,7	31,1	49,2	23,0	8,5	5,1
1997	48,6	43,6	41,3	32,1	50,2	23,5	9,0	5,5
1998	48,5	44,5	42,2	33,1	50,4	24,2	9,5	5,9
1999	49,3	45,3	43,5	33,4	50,5	24,8	9,8	6,3
2000	49,2	46,1	44,8	34,3	50,8	25,6	10,5	7,1
2001	49,4	46,7	46,0	35,3	51,2	27,0	11,2	7,7
2002	50,6	47,4	46,9	36,4	51,2	27,7	11,9	8,0

der Beteiligung von Frauen in Studium, Lehre und Forschung eine besondere Bedeutung beigemessen. Die Frauenanteile in den verschiedenen Stadien einer akademischen Laufbahn sind in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich gestiegen. Allerdings ist der Frauenanteil umso geringer, je höher die erreichte Stufe auf der „Karriereleiter“ ist.

Wie die Tabelle 4.6 zeigt, waren im Jahr 2002 erstmals mehr als die Hälfte der Studienanfänger Frauen. Der Anteil der Studentinnen an den Studierenden lag bei rund 47 %. Während der Frauenanteil bei den Hochschulabsolventen 2002 fast 47 % erreichte, wurde nur jeder dritte Dokortitel von einer Frau erworben (36 %).

Mehr als die Hälfte der Ende 2002 an deutschen Hochschulen Beschäftigten war weiblichen Geschlechts. Der Anteil der Frauen am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal betrug allerdings nur knapp 28 %. In der Professorenschaft lag der Frauenanteil bei knapp

12 %, in der höchsten Besoldungsstufe (C4) sogar nur bei 8 % (s. Tab. 4.6).

Im Vergleich zu 1993 hat sich der Frauenanteil bei den verschiedenen Personengruppen zum Teil deutlich erhöht. Der stärkste Anstieg ist bei den C4-Professuren zu beobachten; hier hat sich der Anteil der Frauen im Betrachtungszeitraum verdoppelt. Gleichzeitig ist dies jedoch die Gruppe, in der Frauen zurzeit noch am deutlichsten unterrepräsentiert sind.

4.4 Ausländische Studierende

Der Prozess der Globalisierung von Märkten geht einher mit einem zunehmenden internationalem Wett-

Tab. 4.7: Ausländische Studierende (Bildungsausländer) an deutschen Hochschulen

Jahr	Studierende		Studienanfänger	
	Bildungsausländer insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Bildungsausländer insgesamt	Anteil an allen Studienanfängern
	in 1 000	in %	in 1 000	in %
1993	87	4,6	26	9,4
1994	93	4,9	28	10,4
1995	98	5,3	28	10,8
1996	100	5,4	29	11,0
1997	104	5,7	31	11,6
1998	109	6,0	35	12,8
1999	113	6,4	40	13,7
2000	126	7,0	45	14,3
2001	143	7,6	53	15,4
2002	163	8,4	58	16,3

bewerb und einer steigenden Mobilität der Menschen. Vor diesem Hintergrund stehen auch die Hochschulen vor der Herausforderung, sich dem internationalen Wettbewerb um die „klügsten Köpfe“ zu stellen. Der internationale Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern dient dazu, Wissen und Ideen aus anderen Ländern zu importieren und gleichzeitig deutsches Know-how und deutsche Technologien in anderen Ländern bekannt zu machen.

Der Anteil ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen kann in diesem Zusammenhang als Gradmesser der Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Studierende angesehen werden. Dabei müssen allerdings jene Studierende außer Betracht bleiben, die zwar eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, jedoch auf eine Bildungsbio-graphie in Deutschland zurückblicken (so genannte Bildungsinländer).

Von den 1,94 Mill. Studierenden im Wintersemester 2002/2003 hatten 227 000 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Mit 163 000 hatten mehr als zwei Drittel (72 %) der ausländischen Studentinnen und Studenten ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben (so genannte Bildungsausländer). Mit 19 400 Studierenden stammten die meisten Bildungsausländer im Wintersemester 2002/2003 aus China, gefolgt von Polen mit 10 300 und Bulgarien mit 9 500.

Seit dem Wintersemester 1993/94 ist der Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden von 4,6 % kontinuierlich gestiegen und erreichte im Wintersemester 2002/2003 einen Wert von 8,4 %. Unter den Studienanfängern stieg der Anteil der Bildungsausländer von 9,4 % im Studienjahr 1993 auf 16,3 % im Studienjahr 2002 (s. Tab. 4.7).



5 Weiterbildung

5 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des „Lebenslangen Lernens“ erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, dass sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil (siehe auch Abschnitt 7.3 in diesem Band). Aber auch die allgemeine Weiterbildung erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie insbesondere der starke Zuspruch zu den Volkshochschulen sowie das rege Interesse der Bevölkerung am Besuch von einzelnen Lehrveranstaltungen an Hochschulen (sog. Gaststudium) erkennen lassen.

Eine seit 1979 in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und Technologie durchgeführte repräsentative Umfrage unter 19- bis 64-jährigen Bürgerinnen und Bürgern bestätigt diese Tendenz. Danach haben 2000 in Deutschland gut 4 von 10 Personen in diesem Alter an irgendeiner Form von Weiterbildung teilge-

nommen (43 %). Hochgerechnet sind dies 21,4 Mill. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Die Teilnahmequote ist gegenüber 1997 um 5 Prozentpunkte gefallen. Der Rückgang der Teilnahmequoten fiel im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern ähnlich aus. Die Beteiligung liegt inzwischen in beiden Gebieten bei 43 %.

An beruflicher Weiterbildung haben hochgerechnet rund 14,4 Mill. Personen teilgenommen. Die Beteiligung lag, wie Tabelle 5.1 zeigt, sowohl im früheren Bundesgebiet (28 %) als auch in den neuen Ländern (31 %) niedriger als 1997. Auffällig ist der Rückgang um 6 Prozentpunkte in den neuen Ländern, während im früheren Bundesgebiet die Quote nur um 1 Punkt gesunken ist.

An allgemeinen und politischen Weiterbildungsveranstaltungen haben sich 2000 hochgerechnet rund 13,3 Mill. Personen beteiligt, gegenüber 15,7 Mill. im Jahre 1997. Im früheren Bundesgebiet lag die Teilnahmequote mit 27 % etwas höher als in den neuen Ländern (24 %; s. Tab. 5.2). Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen sowie vor allem das zeitliche

Volumen lassen eine zunehmende Konzentration auf die berufsbezogene Weiterbildung erkennen.

Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (63 % der Hochschulabsolventinnen und -absolventen nahmen im Jahr 2000 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden Menschen ohne abgeschlossene

Tab. 5.1: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach Weiterbildungsbereichen 2000 ¹⁾ in Prozent der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren

Weiterbildungsbereiche	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Berufliche Weiterbildung			
und zwar:			
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	2	1	3
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z.B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	3	3	3
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	6	6	6
Lehrgänge/Kurse zur Anpassung an neue Aufgaben im Beruf	11	10	12
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	10	10	11
Teilnahmequote insgesamt	29	28	31

1) Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung. (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung VIII, Bonn 2001.

Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur 20 % besuchten 2000 entsprechende Veranstaltungen.

se, die 2001 von 28 % aller Teilnehmenden belegt wurden. Etwa 100 000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluss nachzuholen.

Informationen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen liefert die Zweite Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS2). Im Jahr 1999 boten 67 % der Unternehmen ihren Beschäftigten Lehrveranstaltungen (Lehrgänge oder Kurse), also die klassische Form der beruflichen Weiterbildung, an. 36 % aller Beschäftigten der Unternehmen mit entsprechendem Angebot nahmen an solchen Lehrveranstaltungen teil. Die Teilnahmequote der Frauen lag mit 33 % unter derjenigen der Männer (38 %).

Je Teilnehmer ergaben sich im Durchschnitt 27 Weiterbildungsstunden im Jahr, wobei Männer mit 28,5 Stunden etwas länger teilnahmen als Frauen (24,7 Stunden).

Die Volkshochschulen als bedeutender Träger der allgemeinen und politischen Weiterbildung verzeichneten 2001 6,8 Mill. Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, 2,4 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen; dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen enthalten. Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkur-

An einem Gaststudium nahmen im Wintersemester 2002/2003 40 803 Personen teil. Davon waren die Hälfte Frauen (50 %). Die beliebtesten Fachrichtungen der Gasthörer und Gasthörerinnen waren die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die Gaststudierenden des Wintersemesters 2002/2003 waren durchschnittlich 49,7 Jahre alt; 43 % waren 60 Jahre und älter.

Tab. 5.2: Teilnahme an allgemeiner und politischer Weiterbildung nach ausgewählten Weiterbildungsbereichen 2000 ¹⁾

Weiterbildungsbereiche	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Allgemeine und politische Weiterbildung			
und zwar:			
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsgerechten Lebensführung	3	3	3
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und sonstige Rechtsfragen	2	2	4
Kindererziehung/Hilfe für die Schule	1	1	1
Persönliche/familiäre Probleme	1	1	0
Sprachkenntnisse	5	5	4
Praktische Kenntnisse	2	2	2
Wissen über Naturwissenschaften und Technik	1	1	1
Kenntnisse und Anregungen für aktive Freizeitgestaltung	2	2	1
Wissen auf Gebieten wie Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	1	2	1
Umweltschutz/Ökologie	1	1	1
Kenntnisse für die Ausübung von Sportarten	1	1	2
Computer, EDV, Internet	7	7	6
Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik, auch europabezogen	1	1	1
Sonstige Themenbereiche	2	2	2
Teilnahmequote insgesamt	26	27	24

1) Weiterbildungsteilnahme = Teilnahme in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung. (Hrsg.): Berichtssystem Weiterbildung VIII, Bonn 2001.

**6 Bildungsniveau
der Bevölkerung**

ZEUGNIS

hochschulreif

6 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft („Humankapital“) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für die einzelne Person stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden aus dem jährlich durchgeführten Mikrozensus gewonnen. Bei der im April 2002 durchgeführten Erhebung (s. Tab. 6.1) hatten von allen Befragten über 15 Jahre, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben, 39 % einen so genannten „höherwertigen“ Bildungsabschluss. 19 % besaßen einen Realschulabschluss; 20 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. In der Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen konnten bereits gut 65 % einen solchen Abschluss nachweisen (30 % Realschulabschluss, 36 % Fachhochschul-/

Tab. 6.1: Allgemein bildender Schulabschluss der Bevölkerung im April 2002

Alter von ... bis ... Jahren	Insgesamt	Darunter Angaben zur allgemeinen Schulausbildung ¹⁾							
		zusammen	noch in schulischer Aus- bildung	mit allgemeinem Schulabschluss					Ohne allgemeinen Schul- abschluss
				Haupt- (Volks-) schul- abschluss	Abschluss der poly- techni- schen Oberschule	Realschul- oder gleich- wertiger Abschluss	Fachhoch- schul- oder Hochschul- reife	ohne Angabe zur Art des Ab- schlusses	
in 1000									
15 - 19	4 620	4 561	2 896	623	28	757	138	23	97
20 - 29	8 987	8 774	135	2 207	401	2 609	3 120	71	231
30 - 39	12 876	12 559	/	3 746	1 613	3 121	3 649	101	327
40 - 49	12 369	12 039	/	4 546	1 796	2 435	2 868	101	293
50 - 59	10 241	9 645	/	5 083	905	1 575	1 721	105	255
60 und älter	21 033	18 896	/	13 906	237	2 297	1 867	171	419
Insgesamt . . .	70 127	66 472	3 035	30 110	4 979	12 793	13 362	572	1 621
Früheres Bundes- gebiet	56 925	53 642	2 396	26 034	450	11 549	11 214	511	1 488
Neue Länder und Berlin-Ost	13 202	12 830	639	4 077	4 529	1 244	2 148	62	132
in % ²⁾									
15 - 19	100	63,5	13,7	0,6	16,6	3,0	0,5	2,1
20 - 29	100	1,5	25,2	4,6	29,7	35,6	0,8	2,6
30 - 39	100	/	29,8	12,8	24,9	29,1	0,8	2,6
40 - 49	100	/	37,8	14,9	20,2	23,8	0,8	2,4
50 - 59	100	/	52,7	9,4	16,3	17,8	1,1	2,6
60 und älter	100	/	73,6	1,3	12,2	9,9	0,9	2,2
Insgesamt	100	4,6	45,3	7,5	19,2	20,1	0,9	2,4
Früheres Bundes- gebiet	100	4,5	48,5	0,8	21,5	20,9	1,0	2,8
Neue Länder und Berlin-Ost	100	5,0	31,8	35,3	9,7	16,7	0,5	1,0

1) Beantwortung für Personen im Alter von 15 Jahren und mehr freiwillig. – 2) Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

Tab. 6.2: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung im April 2002

Alter von ... bis ... Jahren	Insgesamt	Darunter Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss ¹⁾							ohne beruflichen Bildungs- abschluss
		mit beruflichem Bildungsabschluss							
		zu- sammen	Lehr-/ Anlernaus- bildung	Fach- schul- abschluss	Fachschul- abschluss in der ehem. DDR	Fachhoch- schul- abschluss	Hochschul- abschluss	ohne Angabe zur Art des Ab- schlusses	
in 1000									
15 - 19	4 620	4 415	172	6	0	-	-	-	-
20 - 29	8 987	8 657	4 329	307	16	262	315	168	3 257
30 - 39	12 876	12 419	7 213	962	203	864	1 169	252	1 755
40 - 49	12 369	11 888	6 951	930	261	798	1 097	232	1 618
50 - 59	10 241	9 461	5 476	672	217	561	815	164	1 559
60 und älter	21 033	18 500	9 559	1 009	319	654	795	250	5 915
Insgesamt . . .	70 127	65 339	33 702	3 884	1 018	3 139	4 189	1 085	18 322
Früheres Bundes- gebiet	56 925	52 603	26 605	3 169	123	2 538	3 395	967	15 806
Neue Länder und Berlin-Ost	13 202	12 736	7 097	715	894	602	794	118	2 515
in % ²⁾									
15 - 19	100	3,9	0,1	/	-	-	-	-
20 - 29	100	50,0	3,5	0,2	3,0	3,6	1,9	37,6
30 - 39	100	58,1	7,7	1,6	7,0	9,4	2,0	14,1
40 - 49	100	58,5	7,8	2,2	6,7	9,2	2,0	13,6
50 - 59	100	57,9	7,1	2,3	5,9	8,6	1,7	16,5
60 und älter	100	51,7	5,5	1,7	3,5	4,3	1,4	32,0
Insgesamt	100	51,6	5,9	1,6	4,8	6,4	1,7	28,0
Früheres Bundes- gebiet	100	50,6	6,0	0,2	4,8	6,5	1,8	30,0
Neue Länder und Berlin-Ost	100	55,7	5,6	7,0	4,7	6,2	0,9	19,7

1) Beantwortung für Personen im Alter von 15 Jahren und mehr freiwillig. – 2) Anteil an allen Personen in der jeweiligen Altersgruppe, die Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben.

Hochschulreife). Von den Altersjahrgängen ab 60 hatten dagegen lediglich 12 % eine Realschule und 10 % ein Gymnasium erfolgreich absolviert.

Wie aus Tabelle 6.2 hervorgeht, gaben im Jahr 2002 52 % der Personen, die Angaben zu ihrem beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben, eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluss an. Fast 2 % besaßen einen Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR, knapp 6 % einen Fachschulabschluss, 11 % einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und 28 % (noch) keinen beruflichen Abschluss. Von den 30- bis unter 40-Jährigen hatten

immerhin gut 16 % ein Fachhochschul- oder Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen; unter den 60-Jährigen und Älteren befanden sich dagegen nur rund 8 % Akademiker.

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, so dass bei der jüngeren Generation bezüglich des Bildungsgrades kaum noch geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen sind. In der Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen hatten 33 % der Männer und 38 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Demgegenüber besaßen im Jahr 2002 von den Personen ab 60 knapp 15 % der männlichen, aber nur 6 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

Bei einem Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der deutschen und der ausländischen Bevölkerung fällt Folgendes auf: Während die in Deutschland lebenden Ausländer und Ausländerinnen nur zu 14 % einen Realschulabschluss besitzen (für die Deutschen liegt der entsprechende Wert bei 20 %), liegen sie mit einem Anteil von 22 % bei der Fachhochschul- und Hochschulreife über dem Wert für die deutsche Bevölkerung (20 %). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Ausländerinnen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (23 % gegenüber 17 % bei den deutschen Frauen). Immerhin 13 % der ausländischen Bevölkerung besitzt jedoch überhaupt keinen allgemeinen Schulabschluss (bei den Deutschen sind es gut 1 %).

Mehr als die Hälfte der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland hat auch keinen beruflichen Bildungsabschluss (53 % gegenüber 26 % der Deutschen). Einen Lehrabschluss können fast 54 % der Deutschen, aber nur 31 % der ausländischen Bürger und Bürgerinnen vorweisen. Bei den Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen sind die Anteile nahezu identisch.

7 Bildungsfinanzen



7 Bildungsfinanzen

Im folgenden Kapitel werden zunächst Angaben zu den Bildungsausgaben (Bildungsbudget) dargestellt. Das Zahlenmaterial wird überwiegend den Rechnungsabschlüssen der Gebietskörperschaften sowie der sonstigen zum finanzstatistischen Berichtskreis gehörenden Institutionen entnommen. Die Daten zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sowie zum Aufstiegsfortbildungs-

7.1 Bildungsausgaben

In einer hochtechnologisierten Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb ist Bildung ein zentraler Produktionsfaktor für die Unternehmen. Für jede Bürgerin und jeden Bürger bedeutet eine fundierte Ausbildung erst die Voraussetzung für das immer wichtiger werdende so genannte "Lebenslange Lernen". Daher werden in Deutschland pro Jahr beträchtliche Summen in die Aus- und Weiterbildung investiert.

Tab. 7.1: Bildungsausgaben ¹⁾ der gesamten Volkswirtschaft – Bildungsbudget

Bildungsleistungen	Bildungsausgaben		Anteile am Bruttoinlandsprodukt	
	2000	2001 (vorl.)	2000	2001 (vorl.)
	Mrd. EUR		in %	
Ausgaben für den Bildungsprozess . . .	116,1	118,5	5,7	5,7
Öffentliche Vorschulen, Schulen, Hochschulen	67,4	68,7	3,3	3,3
Private Vorschulen, Schulen, Hochschulen	11,0	11,3	0,5	0,5
Betriebliche Ausbildung im Rahmen der dualen Bildung	13,9	14,1	0,7	0,7
Betriebliche Weiterbildung der Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften	9,6	9,8	0,5	0,5
Sonstige Bildungseinrichtungen	9,6	9,8	0,5	0,5
Ausgaben von Schülern und Studierenden für Nachhilfe, Lernmittel u. dgl.	4,6	4,7	0,2	0,2
Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmern	12,6	13,4	0,6	0,6
Bildungsförderung durch Gebietskörperschaften	4,4	5,0	0,2	0,2
Förderung von Bildungsteilnehmern durch die Bundesanstalt für Arbeit	5,2	5,2	0,3	0,3
Kindergeld für kindergeldberechtigte Bildungsteilnehmer ab 19 Jahren	3,1	3,1	0,2	0,2
Insgesamt . . .	128,8	131,9	6,4	6,4

¹⁾ Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben (ausführliche Darstellung und weitergehende methodische Erläuterungen unter www.destatis.de, Rubrik Bildung und Kultur).

förderungsgesetz (AFBG) werden als Auszug aus den Eingabedaten und Rechenergebnissen zur Leistungsrechnung bereitgestellt. Eine Vergleichbarkeit von Bildungsausgaben aus den Rechnungsergebnissen einerseits und Angaben zum finanziellen Aufwand aus der BAföG- bzw. AFBG-Statistik andererseits ist grundsätzlich nicht gegeben.

Das Bildungsbudget stellt die Höhe dieser Ausgaben und die Herkunft der Mittel dar. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Höhe der Ausgaben ausgewählter Bildungsbereiche und deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt.

Danach wurden im Jahre 2001 in Deutschland 131,9 Mrd. Euro für Bildung ausgegeben (s. Tab. 7.1). Davon entfielen rund 90 % auf die Kern-Bildungsleistungen wie Unterricht, der Rest auf die Unterstützung der Lebenshaltung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden (Bildungsförderung). Mit rund 52 % stellen die

Ausgaben von öffentlichen Vorschulen (Kindergärten, Vorklassen, Schulkindergärten), Schulen und Hochschulen den mit Abstand größten Posten im Gesamtbudget für Bildung dar. Auf private Vorschulen, Schulen und Hochschulen entfielen rund 9%. Die Ausbildung in Betrieben im Rahmen des Dualen Systems schlug mit rund 11 % zu Buche. Für die be-

triebliche Weiterbildung von Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und Gebietskörperschaften wurden rund 7 % aufgewendet. Die Bildungsausgaben der übrigen Bildungseinrichtungen und der privaten Haushalte machten 11 % des Gesamtbudgets aus.

Setzt man die im Budget nachgewiesenen gesamten Bildungsausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (der Summe der insgesamt erbrachten Wirtschaftsleistung), so beträgt dieser Anteil 6,4 %.

Aufgegliedert nach Mittelgebern wandte der Staat im Jahr 2000 für Bildung 95,4 Mrd. Euro auf. Davon kamen 14,9 Mrd. Euro vom Bund, 62,9 Mrd. Euro von den Ländern und 17,6 Mrd. Euro von den Gemeinden. Ferner beteiligten sich die privaten Haushalte, die Unternehmen sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit 33,4 Mrd. Euro an der Finanzierung der Bildungsausgaben.

Die Ausgaben der Bildungsbereiche müssen jedoch in Bezug zur Anzahl der Bildungsteilnehmer gesetzt werden, für die letztlich die Bildungsanstrengungen unternommen werden. Die nachfolgende Grafik zeigt beispielhaft die Höhe der Ausgaben für öffentliche allgemein bildende und berufliche Schulen in Bezug zur Anzahl der Schüler für das Jahr 2000.

Die Ausgaben je Schüler schwanken stark nach Schularten. Die allgemein bildenden Schulen sind mit 4 600 Euro teurer als die beruflichen Schulen (3 200). Innerhalb der allgemein bildenden Schulen liegen Grundschulen mit 3 600 Euro je Schüler unter dem Durchschnitt und Sonderschulen mit 10 900 Euro darüber. Die beruflichen Schulen (z.B. Berufsschulen, Berufsfachschulen) wenden im Durchschnitt 3 200 Euro je Schüler auf.

Für die hohen Pro-Kopf-Ausgaben der Sonderschulen ist u.a. das günstige Betreuungsverhältnis Schüler je Lehrer ausschlaggebend (s. Kap. 2, S. 18). Die verhältnismäßig niedrigen Aufwendungen von 2 100 Euro je Schüler bei den Berufsschulen sind auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen.

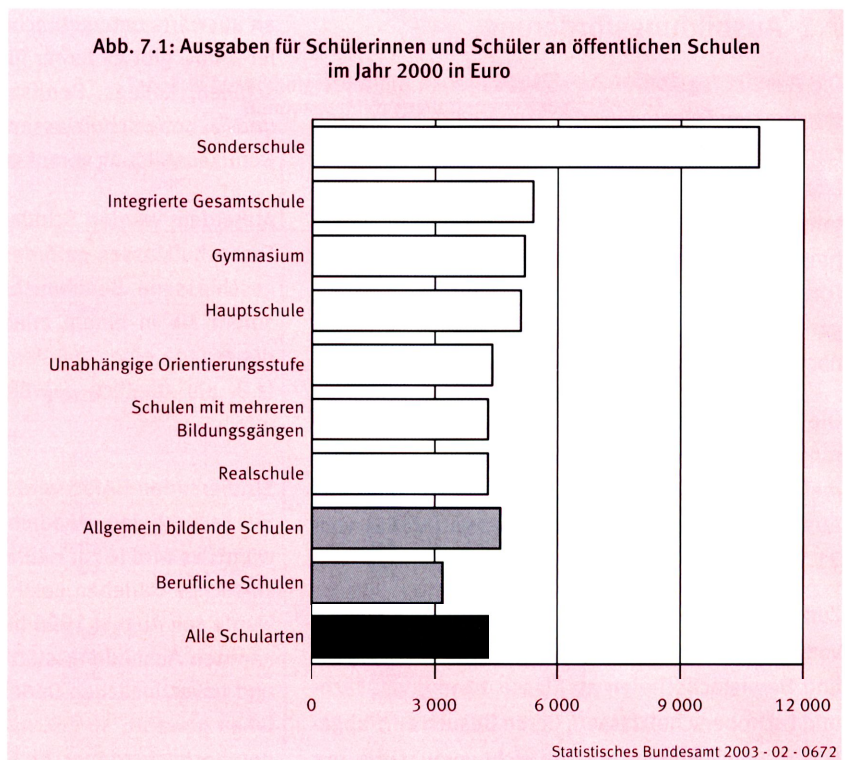
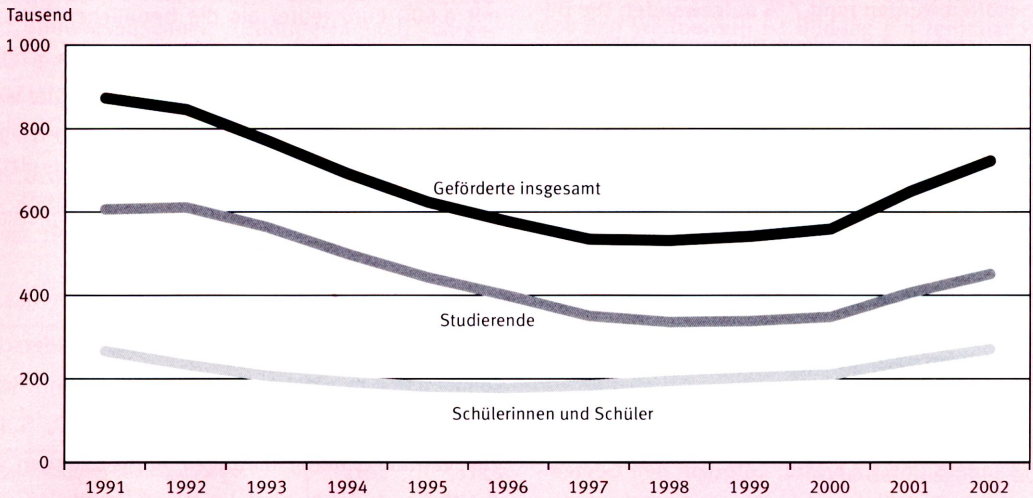


Abb. 7.2: Geförderte nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)



Statistisches Bundesamt 2003 - 02 - 0673

7.2 Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z.B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten.

Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist seit Anfang der 80er Jahre mehrfach verändert worden – zuletzt aufgrund des Ausbildungsförderungsreformgesetzes (AföRG) vom 21.3.2001.

Zurzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur

an auswärts untergebrachte Schüler geleistet. Schüler-BAföG gibt es ferner für den Besuch von Abend- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen.

Außerdem werden Schüler in Berufsfachschul- und Fachschulklassen gefördert, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem mindestens zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z.B. als staatlich geprüfte/r Techniker/in) vermitteln.

Studierenden-BAföG wird für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt; es wird je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 beim Besuch der zuletzt genannten Ausbildungsstätten anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinliches Darlehen gewährt, so z.B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer. Im Schulbereich wird die Aus-

bildungsförderung dagegen vollständig als Zuschuss gewährt.

Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wurde ab dem 1. Januar 1991 auch in den neuen Ländern geleistet. Wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten galten dort zunächst niedrigere Bedarfssätze. Ab dem 1. April 2001 gelten für den Besuch von Ausbildungsstätten in den Neuen Ländern sowie Berlin-Ost die gleichen Bedarfssätze wie im Früheren Bundesgebiet.

Nachdem die Zahl der Geförderten bis einschließlich 1998 zurückgegangen war, setzte im Jahr 1999 eine Trendwende ein, und ihre Anzahl nahm wieder zu (s. Abb. 7.2). 723 000 Schüler und Schülerinnen sowie Studierende erhielten im Jahr 2002 Leistungen nach dem BAföG. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, wurden im Durchschnitt je Monat nur 467 000 Personen unterstützt (s. Tab. 7.2).

Von den durchschnittlich 163 000 geförderten Schülerinnen und Schülern besuchten fast 95 000 eine Berufsfachschule (einschl. aller Formen der beruflichen Grundbildung) und gut 20 000 eine Fachschule. Unter den durchschnittlich 304 000 geförderten Studierenden waren fast 195 000 an Universitäten (einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 101 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. 1,94 Mrd. Euro wurden für die Ausbildungsför-

derung nach dem BAföG im Jahr 2002 ausgegeben, 592 Mill. Euro für die Schüler- und 1,35 Mrd. Euro für die Studierendenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler bzw. eine geförderte Schülerin 302 Euro je Monat, ein geförderter Student bzw. eine geförderte Studentin 371 Euro.

Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2002 um 30 % – bei den Studierenden um 31 % – höher als 2000. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand um 53 % (s. Tab. 7.2).

7.3 Aufstiegsfortbildungsförderung

Die Aufstiegsförderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurde zum 1.1.1996 eingeführt. Zum 1.1.2002 trat eine Reform des AFBG – u.a. mit verbesserten Leistungen für

Tab. 7.2: Ausbildungsförderung an Schulen und Hochschulen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Jahr	Geförderte in 1000	Finanzaufwand Mill. EUR	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person EUR je Monat
Schülerinnen und Schüler			
1997	109	328	251
1998	116	341	244
1999	122	357	243
2000	127	368	241
2001	143	493	288
2002	163	592	302
Studierende			
1997	238	910	319
1998	227	862	316
1999	226	871	321
2000	232	907	326
2001	265	1 162	365
2002	304	1 351	371
Insgesamt			
1997	347	1 238	298
1998	343	1 203	292
1999	348	1 228	294
2000	359	1 275	296
2001	408	1 655	338
2002	467	1 942	347

die Geförderten – in Kraft. Das AFBG (auch „Meister-BAföG“ genannt) gewährt erstmals allen Fachkräften einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung.

Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz, dem Recht des Bundes und der Länder oder sonstigen Regelungen auf eine berufliche Qualifikation vorbereiten. Hierzu gehören nach der Reform auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen.

Eine Maßnahme in Vollzeitform muss mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und darf in der Regel eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Bei Teilzeitform beträgt die maximale Dauer in der Regel bis zu 48 Monaten. Die Leistungen für alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen bestehen aus einem so genannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren), der erstmals ab 1.1.2002 in Höhe von 35 % als Zuschuss und im Übrigen (bis 2001 vollständig) als Darlehen gewährt wird.

Der Höchstbetrag des Maßnahmebeitrages liegt bei 10 226 Euro. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt sowie für die Kinderbetreuung einen weiteren Zuschuss erhalten. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährten Darlehen sind längstens vier Jahre zins- und tilgungsfrei und anschließend zu marktüblichen Konditionen zurückzuzahlen.

Nach Einführung der Reform zum AFBG (1.1.2002) gab es 2002 rund 87 700 Geförderte, gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg von 56 % (s. Tab. 7.3). Die Förderung wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (74 % aller Geförderten); nur 26 % der Geförderten waren Frauen.

Wie aus Tabelle 7.3 hervorgeht, betrug der finanzielle Aufwand 2002 insgesamt 316 Mill. Euro, davon wurden 215 Mill. Euro als Darlehen bewilligt und 101 Mill. Euro als Zuschuss gewährt. Rund 39 600 (45 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 23 % Frauen und 77 % Männer. Auf die Teilzeitfortbildung entfielen 48 000 Geförderte, davon 28 % Frauen und 72 % Männer.

20 % der Geförderten bilden sich in Maßnahmen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr, 58 % bis zu zwei Jahren und 87 % bis zu drei Jahren fort. Weitere 13 % besuchen Kurse, die länger als drei Jahre dauern.

Tab. 7.3: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Jahr	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		Insgesamt	davon	
			Darlehen	Zuschuss
1 000 EUR				
1996	29 427	121 176	108 739	12 437
1997	49 346	171 476	148 400	23 075
1998	53 967	176 183	151 765	24 418
1999	53 767	176 824	151 787	25 037
2000	51 999	170 455	146 635	23 820
2001	56 051	182 903	155 945	26 958
2002	87 659	316 246	215 210	101 036

Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahren alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis unter 30-Jährigen (34 %), gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen (25 %) und den 30- bis unter 35-Jährigen (21 %).